

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1983

Januar
Februar
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember

INHALT

Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel und bei Banken 1981

- 233 Die von den Unternehmen des Groß- und Einzelhandels und Kreditgewerbes neben dem Entgelt für geleistete Arbeit zusätzlich geleisteten Aufwendungen für Personalnebenkosten sind von erheblicher Bedeutung für die Kostenstruktur dieser Wirtschaftszweige.
-

Wohnungsmieten 1982

- 238 Im Frühjahr 1982 zahlten die Mieter im Monat durchschnittlich 346 DM für ihre Wohnung. Der mittlere Quadratmeterpreis lag bei 4,77 DM.
-

Außenhandel mit den ASEAN-Staaten 1972 bis 1982

- 241 Im Jahre 1982 waren die rheinland-pfälzischen Ausfuhren in die ASEAN-Staaten mehr als doppelt so hoch wie die Einfuhren von dort. Für das Bundesgebiet errechnet sich ein Überschuß des Exports von knapp 40%.
-

Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern

- 246 Das DV-Verfahren KOLK entspricht den verbindlichen Anforderungen an eine Krankenhauskostenrechnung und liefert weitergehende Informationen zur Unterstützung der Betriebssteuerung im Krankenhaus.
-

Leistungserfassung in Krankenhäusern mit DV-Verfahren

- 249 Leistungserfassung am Terminal ist zeit- und personalaufwendig. Wichtigste Hilfsmittel sind OCR-Lesepistole, Markierungsbelegleser und Handschriftbelegleser.
-

Hardware- und Software-Technologie und ihre Auswirkung auf die Aus- und Weiterbildung

- 250 Die Entwicklung auf dem Gebiete der Informationstechnologie bringt ständig neue Anforderungen an die von Automationsvorhaben Betroffenen einerseits und an die Mitarbeiter der Rechenzentren andererseits. Dies wird am Beispiel der hard- und softwaretechnologischen Entwicklung der Automatischen Datenverarbeitung im Statistischen Landesamt in den letzten 15 Jahren deutlich.
-

Anhang

- 81* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
87* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Im Groß- und Einzelhandel kommen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit zusätzlich rund 60 DM Personalnebenkosten

Die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Einzel- und Großhandel betrugen 1981 insgesamt 33 010 DM, das sind 13% mehr als 1978. Davon entfielen 20 690 DM oder 63% auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 12 320 DM (37%) auf Personalnebenkosten. Für je 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit waren von den Unternehmen des Handels also zusätzlich 59,50 DM an Personalnebenkosten aufzuwenden. Von den Personalnebenkosten entfiel jeweils die Hälfte auf die gesetzlichen sowie auf die tariflichen und zusätzlichen Nebenkosten.

Bei Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstituten betrugen die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer 47 300 DM. Davon kamen 24 930 DM oder 52% auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 22 380 DM (48%) auf Personalnebenkosten. Für je 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit hatten die Unternehmen des Kreditgewerbes zusätzlich 89,80 DM an Personalnebenkosten aufzuwenden. Hiervon betrafen 36% die gesetzlichen und 64% die tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 233

Kräftige Umsatzsteigerung im Einzelhandel mit Fahrzeugen

Von Januar bis August 1983 erhöhte sich der Umsatz der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,3%. Die Zahl der Beschäftigten ging um 1,7% zurück (Vollzeitkräfte – 4,2%, Teilzeitbeschäftigte + 4,1%).

In den ersten acht Monaten 1983 hatte der Einzelhandel mit Fahrzeugen und Fahrzeugteilen die ausgeprägteste Umsatzsteigerung (+ 8,6%). Auch beim Vertrieb von pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln (+ 6,1%), Papierwaren und Druckerzeugnissen (+ 5%), elektrotechnischen Erzeugnissen und Musikinstrumenten (+ 4,5%) sowie Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (+ 2,6%) erhöhten sich die Erlöse überdurchschnittlich. Eine stärkere Umsatzeinbuße registrierten die Tankstellen (– 9%). pe

Großhandelsumsatz blieb in den ersten sieben Monaten auf Vorjahresstand

Von Januar bis Juli 1983 erreichte der Umsatz der rheinland-pfälzischen Großhandelsbetriebe das gleiche Ergebnis wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Beschäftigtenzahl ging um 3,5% zurück (Teilzeitbeschäftigte – 1,5%).

In diesem Zeitraum erzielte der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren eine Umsatzsteigerung um 5%. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf die Umsätze des Vertriebs von festen Brennstoffen und

Mineralölerzeugnissen (+ 12%) sowie von Getreide, Futter-, Düngemitteln und Tieren (+ 6,1%) zurückzuführen (Holz, Baustoffe und Installationsbedarf + 3,5%).

Der Umsatz des Großhandels mit Fertigwaren nahm um 2,4% ab. Zwar verzeichneten der Vertrieb von Fahrzeugen, Maschinen und technischem Bedarf (+ 4,6%) sowie von Metallen und Einrichtungsgegenständen (+ 3,7%) Zunahmen. Die Umsätze des Großhandels mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (– 8,1%) sowie Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (– 5,6%) gingen jedoch stärker zurück. san

Für mehr als 500 Mill. DM Waren in die ASEAN-Staaten exportiert

Die der Association of South-East-Asian Nations (ASEAN) angehörenden Staaten Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand erhielten im Jahre 1982 aus Rheinland-Pfalz Waren im Wert von 510 Mill. DM. Wichtigste Ausfuhrprodukte waren Kraftfahrzeuge (40%), chemische Vorerzeugnisse (16%), Maschinen (12%), Kunststoffe (10%) und chemische Enderzeugnisse (7,2%). Mehr als vier Fünftel der Kraftfahrzeuge gelangten nach Malaysia und Indonesien. Aus dem Bundesgebiet wurden für nahezu 7 Mrd. DM Güter in die südostasiatische Staatengruppe geliefert.

Im Jahre 1982 importierte Rheinland-Pfalz für 231 Mill. DM Waren aus den ASEAN-Staaten. Fast 36% dieser Einfuhren waren Zinn und Zinnlegierungen. In das Bundesgebiet gelangten Lieferungen für 5,1 Mrd. DM, worunter ernährungswirtschaftliche Güter (33%), elektrotechnische Erzeugnisse (17%) sowie Spinnstoffwaren und Kleidung (10%) an der Spitze lagen. Mehr als die Hälfte der elektrotechnischen Erzeugnisse kam aus Singapur. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 241

Niedrigstes Mietenniveau in Rheinland-Pfalz

Im Frühjahr 1982 gab es in Rheinland-Pfalz 612 000 belegte Mietwohnungen. Durchschnittlich mußten je Wohnung 346 DM Kaltmiete im Monat bezahlt werden. Zwei Jahre zuvor waren es 300 DM. Der mittlere Quadratmeterpreis lag bei 4,77 DM, für reine Mietwohnungen bei 4,96 DM. Damit war das Mietenniveau zusammen mit dem im Saarland am niedrigsten in der Bundesrepublik.

Für Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung erhöhte sich der Quadratmeterpreis von 1980 bis 1982 um 11,7% auf 5,24 DM. Rund 43% der Haushalte hatten eine monatliche Belastung durch Mietausgaben unter 15% des Nettoeinkommens. Bei jedem sechsten waren es weniger als 10%, jeder achte zahlte über 30%. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 238

Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern

Die Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland sind verpflichtet, zur Beurteilung ihrer Wirtschaftsführung eine Kosten- und Leistungsrechnung zu führen. An diese wird eine Reihe von Mindestanforderungen gestellt.

Für die Durchführung ihrer Kosten- und Leistungsrechnung können die Krankenhäuser das Datenverarbeitungsverfahren Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern (KOLK) einsetzen. Dieses Verfahren entspricht in vollem Umfang den Rechtsvorschriften für eine Krankenhauskostenrechnung. Darüber hinaus liefert es zahlreiche Erweiterungen, die für die interne Betriebssteuerung herangezogen werden können.

Künftig sollen die Kostenrechnungsergebnisse in noch stärkerem Umfang als bisher zur Steuerung in den Krankenhäusern verwendet werden. za

Mehr über dieses Thema auf Seite 246

Leistungserfassung in Krankenhäusern mit DV-Verfahren

Voraussetzung für die Durchführung der Kosten- und Leistungsrechnung und die Erstellung von Leistungsstatistiken in Krankenhäusern ist die Erfassung der von den Leistungsstellen erbrachten Leistungen.

Die gegenwärtig überwiegend verwendete Methode der Terminal-Erfassung ist zeit- und personalaufwendig. Um in diesem Bereich die Rationalisierungsbestrebungen der Krankenhäuser zu unterstützen, werden im Statistischen Landesamt Informationen über neue Methoden der Leistungserfassung gesammelt und an interessierte Krankenhäuser weitergegeben. dr

Mehr über dieses Thema auf Seite 249

Hardware- und Software-Technologie und ihre Auswirkung auf die Aus- und Weiterbildung

Die Entwicklung auf dem Gebiete der Informationstechnologie bringt ständig neue Anforderungen an die von Automationsvorhaben Betroffenen einerseits und an die Mitarbeiter der Rechenzentren andererseits. Dies wird am Beispiel der hard- und softwaretechnologischen Entwicklung der Automatischen Datenverarbeitung im Statistischen Landesamt in den letzten 15 Jahren deutlich. Auch anhand der für die Zukunft geplanten Veränderungen in diesem Bereich läßt sich zeigen, daß die Tätigkeit des Datenverarbeiters durch ein ständiges Anpassen an veränderte Aufgaben und der zu ihrer Bewältigung eingesetzten Technologien gekennzeichnet ist. Dies macht ein permanentes Umdenken und Umlernen im gesamten Bereich der Automatischen Datenverarbeitung erforderlich. wi

Mehr über dieses Thema auf Seite 250

Zweitgrößte Weinmosternte läßt gute Qualität erwarten

Die Weinmosternte in Rheinland-Pfalz wird sich in diesem Jahr auf 8,9 Mill. hl belaufen. Sie bleibt damit um 1,7 Mill. hl unter dem Rekordergebnis des Vorjahres, übertrifft aber als bisher zweitgrößte Ernte den Sechsjahresdurchschnitt 1977/82 um 2,8 Mill. hl oder 46%. Von der Erntemenge entfallen 2,5 Mill. hl auf Müller-Thurgau (– 9% gegenüber 1982), 1,4 Mill. hl auf Riesling (– 30%) und 900 000 hl auf Silvaner (– 20%).

Die Flächenleistung beträgt 152 hl je Hektar gegenüber 182 hl im Vorjahr und 104 hl im mehrjährigen Durchschnitt. Gebietsweise brachten jedoch einzelne Sorten höhere Hektarerträge als im letzten Jahr.

Neben der reichlichen Menge ist mit 72 Grad Öchsle (Vorjahr 69 Grad) im Landesdurchschnitt auch eine gute Qualität zu erwarten. Besonders beim Riesling ist mit höheren Mostgewichten zu rechnen. Zur Herstellung von Prädikatswein eignen sich 38%, von Qualitätswein 57% und von Tafelwein 5% des Lese-gutes. st

An Grund- und Hauptschulen 15 800 Schüler weniger

Mit dem Schuljahr 1983/84 ging die Zahl der Schüler an den 1 193 Grund- und Hauptschulen des Landes Rheinland-Pfalz um 15 760 auf 253 429 zurück. In der Primarstufe, den Klassenstufen 1 bis 4 dieser Schulen, werden 138 326 Schüler (Vorjahr 143 180) unterrichtet, in der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 9 bzw. 10) 115 103 (Vorjahr 126 009).

Die durchschnittliche Klassengröße in der Primarstufe hat sich aufgrund der gesunkenen Schülerzahlen von 21,1 im Vorjahr auf 20,7 verringert. Noch deutlicher ist die Verbesserung in der Sekundarstufe I der Grund- und Hauptschulen. Dort hatte im Vorjahr die Relation Schüler je Klasse bei 26,6 gelegen, im laufenden Schuljahr werden hier im Durchschnitt 25,6 Schüler in einer Klasse unterrichtet. ke

376 Mill. DM für die Jugendhilfe

Für Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe wurden im Jahre 1982 in Rheinland-Pfalz rund 376 Mill. DM ausgegeben. Das sind 4,9 Mill. DM oder 1,3% mehr als im Vorjahr. Gut 40% dieser Gesamtausgaben gingen als Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe. Der größte Teil der Ausgaben (209 Mill. DM) entfiel auf die Kindertagesstätten. 61 Mill. DM erforderten die Kosten für Hilfe durch Heimpflege. Für freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung wurden etwa 37 Mill. DM ausgegeben.

Die Einnahmen stiegen seit 1981 um 0,7% auf 25 Mill. DM. 6,7% der Ausgaben konnten durch die Einnahmen gedeckt werden. re

Arbeitskosten und Personalnebenkosten im Groß- und Einzelhandel und bei Banken 1981

Neben der Entwicklung des Entgelts für geleistete Arbeit kommt ein besonderes Gewicht den Personalnebenkosten zu. Zur Bestandsaufnahme der gesamten Arbeitskosten (Personalkosten) wurde für 1981 eine Arbeitskostenerhebung von der EG angeordnet und 1982 durchgeführt. Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EWG) Nr. 1596/81 des Rates vom 10. Juni 1981 zur Durchführung einer Arbeitskostenerhebung im produzierenden Gewerbe, im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe. Über die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung im produzierenden Gewerbe wurde bereits berichtet¹⁾. Befragt wurden in Rheinland-Pfalz 729 Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe. Der Auswahlatz der Stichprobe betrug 25,8%. Zuvor hatte eine Arbeitskostenerhebung im Dienstleistungsbereich im Jahre 1979 für 1978 stattgefunden.

Die Erhebung ergänzt die laufenden Verdiensterhebungen, mit denen die Bruttolöhne und -gehälter erfaßt werden, durch Zahlenmaterial über Art und Umfang der gesamten Arbeitskosten, insbesondere der Personalnebenkosten. Neben den Personalkostenarten, die gleichzeitig Arbeitnehmer Einkommen darstellen, werden auch die Kosten erfaßt, die nicht Arbeitnehmer Einkommen sind, zum Beispiel Honorare für die im betrieblichen Gesundheitsdienst tätigen betriebsfremden Ärzte.

Da wegen der geringen Zahl der in die Erhebung einbezogenen Versicherungsunternehmen aus Grün-

den des Datenschutzes deren Angaben unveröffentlicht bleiben müssen, beziehen sich die folgenden Darlegungen auf den Groß- und Einzelhandel sowie das Kreditgewerbe.

Im Einzelhandel kommen auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit zusätzlich 58,60 DM Personalnebenkosten

Im Einzelhandel betrugen im Jahre 1981 die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer 29 500 DM. Davon entfielen 18 600 DM (63%) auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 10 900 DM (37%) auf Personalnebenkosten. Gegenüber 1978 erhöhten sich die durchschnittlichen Arbeitskosten um 11,7%, das Entgelt für geleistete Arbeit um 8,8% und die Personalnebenkosten mit 17% deutlich stärker. Die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter, in denen neben dem Entgelt für geleistete Arbeit auch ein erheblicher Teil der Personalnebenkosten (Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage) enthalten ist, stiegen im gleichen Zeitraum um 11% auf 24 000 DM. Der relativ geringe Anstieg der Löhne und Gehälter deutet darauf hin, daß sich die strukturelle Zusammensetzung der Arbeitnehmer im Einzelhandel geändert hat.

Das Entgelt für geleistete Arbeit ist gleich dem Stundenlohn, während die Personalnebenkosten den Betrag darstellen, der hinzukommt, wenn man die Gesamtkosten der Arbeitsstunde ermitteln will. Im Einzelhandel erhöhten sich die Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde auf 15,30 DM. Der Anstieg gegenüber 1978 fiel mit + 8,7% relativ gering aus. Vergleicht man die Zunahme nach den einzelnen Grö-

¹⁾ A. Wachweger: Personalkosten und Personalnebenkosten im produzierenden Gewerbe 1981. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 36, Heft 7, Juli 1983.

Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde im Handel und Kreditwesen nach Unternehmensgrößenklassen 1978 und 1981

Wirtschaftszweig	Unternehmen mit ... Arbeitnehmern ¹⁾													
	Insgesamt		10 - 49		50 und mehr		50 - 99		100 - 199		200 - 499		500 - 999	
	1978	1981	1978	1981	1978	1981	1978	1981	1978	1981	1978	1981	1978	1981
Großhandel	17,07	19,89	.	18,11	.	21,72	16,50	20,99	17,13	.	.	23,18	.	.
Einzelhandel	14,07	15,30	13,65	14,14	14,39	16,89	14,08	15,49	.	.	.	16,50	13,23	19,45
Kreditwesen	.	26,28	.	24,17	.	26,61	.	24,58	.	25,38	.	25,27	.	.

1) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende.

Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Großhandel, Einzelhandel und Kreditwesen 1981
(Unternehmen mit zehn und mehr Arbeitnehmern)¹⁾

Art der Arbeitskosten	Großhandel		Einzelhandel		Kreditwesen	
	DM	% 2)	DM	% 2)	DM	% 2)
Entgelt für geleistete Arbeit	22 844	100,0	18 606	100,0	24 930	100,0
Personalnebenkosten insgesamt	13 787	60,4	10 898	58,6	22 378	89,8
dar.: Gesetzliche Personalnebenkosten ³⁾	6 881	30,1	5 536	29,8	8 030	32,2
Sonderzahlungen	2 393	10,5	1 546	8,3	5 292	21,2
Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Gewinnbeteiligungen u.ä.	1 513	6,6	794	4,3	4 654	18,7
Urlaubsgeld	521	2,3	497	2,7	237	1,0
Vermögenswirksame Leistungen	360	1,6	255	1,4	401	1,6
Vergütung arbeitsfreier Tage	4 574	20,0	3 846	20,7	5 917	23,7
Urlaubsvergütung	2 603	11,4	2 185	11,7	3 304	13,3
Gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	838	3,7	716	3,9	1 052	4,2
Sonstige Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	3	0,0	9	0,0	47	0,2
Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 131	5,0	935	5,0	1 513	6,1
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	5 598	24,5	4 046	21,7	8 540	34,3
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	4 864	21,3	3 841	20,6	5 382	21,6
Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge	4 562	20,0	3 612	19,4	5 248	21,1
Unfallversicherungsbeiträge	303	1,3	229	1,2	134	0,5
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung	726	3,2	199	1,1	3 139	12,6
dar.: Nettozuführungen zu den Pensionsrückstellungen ⁴⁾	421	1,8	71	0,4	1 145	4,6
Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen	8	0,0	5	0,0	19	0,1
Sonstige Personalnebenkosten	1 221	5,3	1 461	7,9	2 630	10,5
Entlassungsschädigungen	60	0,3	15	0,1	66	0,3
Sonstige gesetzliche Aufwendungen ⁵⁾	48	0,2	44	0,2	83	0,3
Familienunterstützungen	14	0,1	12	0,1	597	2,4
Wohnungsfürsorge	2	0,0	1	0,0	65	0,3
Beihilfen im Krankheitsfall	1	0,0	0	0,0	166	0,7
Verpflegungszuschüsse, Auslösungen u.ä. ⁶⁾	131	0,6	46	0,2	154	0,6
Naturalleistungen	11	0,0	28	0,1	60	0,2
Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen	32	0,1	15	0,1	60	0,2
Ausbildungsvergütungen	758	3,3	1 089	5,9	942	3,8
Sonstige Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung	111	0,5	175	0,9	287	1,2
Sonstige Zuwendungen	53	0,2	37	0,2	150	0,6
Arbeitskosten insgesamt	36 631	160,4	29 504	158,6	47 309	189,8
dar.: Bruttolöhne und -gehälter ⁷⁾	29 811	130,5	23 997	129,0	36 139	145,0

1) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende. - 2) Des Entgelts für geleistete Arbeit. - 3) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen. - 4) Differenz der Pensionsrückstellungen nach § 6 A Estg am 31.12. und 1.1.1981. - 5) Nach dem Schwerbehindertengesetz, Mutterschutzgesetz, Umlage für das Konkursausfallgeld u.ä. - 6) Ohne Ersatz betriebsbedingter Aufwendungen. - 7) Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage.

Benklassen der Unternehmen, so nahmen in den großen Betrieben mit 500 bis 1 000 Beschäftigten die Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde besonders stark zu; sie beliefen sich hier auf 19,45 DM (+ 47% gegenüber 1978). In diesen Großbetrieben des Einzelhandels betrugen die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer 35 700 DM, das sind 6 200 DM mehr als im Einzelhandel insgesamt. Die in den Großbetrieben um rund 1 900 DM höheren Personalnebenkosten je Arbeitnehmer sind vor allem auf die höheren Zahlungen für Vorsorgeeinrichtungen sowie für Vergütung arbeitsfreier Tage zurückzuführen. Ebenso wie im produzierenden Gewerbe steigen im Einzelhandel mit zunehmender Betriebsgröße sowohl das Entgelt für geleistete Arbeit als auch die Personal-

nebenkosten je Arbeitnehmer deutlich an. Verglichen mit dem Großhandel und dem Kreditgewerbe sind die Personalnebenkosten im Einzelhandel erheblich niedriger. Die Quote der Nebenkosten zum Entgelt für geleistete Arbeit fiel jedoch im Einzel- und Großhandel nahezu gleich hoch aus. Im Einzelhandel mußten 1981 auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit zusätzlich 58,60 DM an Personalnebenkosten aufgewendet werden, während auf 100 DM an Bruttolöhnen und -gehältern zusätzlich 22,94 DM an sonstigen Personalnebenkosten kamen.

Die Analyse der Personalnebenkosten im Einzelhandel zeigt, daß der Anteil der gesetzlichen Kosten mit 51% nahezu ebenso hoch ausfiel wie derjenige

Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel 1978 und 1981
(Unternehmen mit zehn und mehr Arbeitnehmern)¹⁾

Art der Arbeitskosten	1978			1981			Veränderung der Arbeitskosten je Arbeitnehmer 1981 zu 1978
	ins- gesamt	je Arbeitnehmer		ins- gesamt	je Arbeitnehmer		
	1 000 DM	DM	% 2)	1 000 DM	DM	% 2)	%
Entgelt für geleistete Arbeit	1 169 047	18 869	100,0	1 253 395	20 693	100,0	9,7
Personalnebenkosten insgesamt	642 786	10 375	55,0	746 283	12 321	59,5	18,8
dar.: Gesetzliche Personalnebenkosten 3)	332 677	5 370	28,5	375 441	6 198	30,0	15,4
Sonderzahlungen	107 535	1 736	9,2	118 891	1 963	9,5	13,1
Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Gewinn- beteiligungen u.ä.	64 261	1 037	5,5	69 518	1 148	5,5	10,7
Urlaubsgeld	29 241	472	2,5	30 795	508	2,5	7,6
Vermögenswirksame Leistungen	14 033	227	1,2	18 578	307	1,5	35,2
Vergütung arbeitsfreier Tage	209 718	3 385	17,9	254 671	4 204	20,3	24,2
Urlaubsvergütung	121 132	1 955	10,4	144 824	2 391	11,6	22,3
Gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	29 498	476	2,5	47 011	776	3,8	63,0
Sonstige Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	-	-	-	353	6	0,0	+
Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	59 088	954	5,1	62 483	1 032	5,0	8,2
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	263 311	4 250	22,5	291 368	4 810	23,2	13,2
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozial- versicherung	241 186	3 893	20,6	263 176	4 345	21,0	11,6
Renten-, Kranken- und Arbeitslosen- versicherungsbeiträge	226 851	3 662	19,4	247 101	4 079	19,7	11,4
Unfallversicherungsbeiträge	14 335	231	1,2	16 075	265	1,3	14,7
Aufwendungen für die betriebliche Alters- versorgung	21 905	354	1,9	27 789	459	2,2	29,7
dar.: Nettozuführungen zu den Pensionsrückstellungen 4)	11 236	181	1,0	14 722	243	1,2	34,3
Aufwendungen für sonstige Vorsorge- einrichtungen	22 124	357	1,9	403	7	0,0	-
Sonstige Personalnebenkosten	62 222	1 004	5,3	81 353	1 343	6,5	33,8
Entlassungsentschädigungen	1 300	21	0,1	2 271	37	0,2	76,2
Sonstige gesetzliche Aufwendungen 5)	3 054	49	0,3	2 771	46	0,2	- 6,1
Familienunterstützungen	1 075	17	0,1	799	13	0,1	- 23,5
Wohnungsfürsorge	81	1	0,0	70	1	0,0	0,0
Beihilfen im Krankheitsfall	177	3	0,0	27	0	0,0	-
Verpflegungszuschüsse, Auslösungen u.ä. 6)	5 051	82	0,4	5 306	88	0,4	7,3
Naturalleistungen	1 296	21	0,1	1 194	20	0,1	- 4,8
Aufwendungen für Belegschafts- einrichtungen	2 528	41	0,2	1 425	24	0,1	- 41,5
Ausbildungsvergütungen	42 807	691	3,7	56 086	926	4,5	34,0
Sonstige Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung	1 306	21	0,1	8 685	143	0,7	+
Sonstige Zuwendungen	3 549	57	0,3	2 719	45	0,2	- 21,1
Arbeitskosten insgesamt	1 811 833	29 244	155,0	1 999 678	33 013	159,5	12,9
dar.: Bruttolöhne und -gehälter 7)	1 486 300	29 990	127,1	1 626 957	26 860	129,8	12,0

1) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende. - 2) Des Entgelts für geleistete Arbeit. - 3) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen. - 4) Differenz der Pensionsrückstellungen nach § 6 A Estg am 31.12. und 1.1.1981. - 5) Nach dem Schwerbehindertengesetz, Mutterschutzgesetz, Umlage für das Konkursausfallgeld u.ä. - 6) Ohne Ersatz betriebsbedingter Aufwendungen. - 7) Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage.

der tariflichen und zusätzlichen (49%). Damit hat sich das Gewicht der tariflichen und zusätzlichen Kosten, die 1978 erst eine Quote von 47% erreicht hatten, weiter erhöht. Zu den gesetzlichen Personalnebenkosten gehören die Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstige Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung bei Krankheit sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen. Als bedeutendste gesetzliche Personalnebenkosten mußten im Einzelhandel durchschnittlich je Arbeitnehmer gezahlt werden für Sozialversicherungsbeiträge 3 841 DM (+ 7,7% ge-

genüber 1978), Vergütung gesetzlicher Feiertage einschließlich sonstiger Ausfallzeiten 935 DM (+ 7,6%) und für gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung bei Krankheit 716 DM (+ 67%). Bei den tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten waren die größten Aufwandsposten die Urlaubsvergütung mit 2 185 DM (+ 21%) sowie Gratifikationen, 13. Monatsgehalt und Gewinnbeteiligungen mit 794 DM (+ 7,7%). Damit wurde - anders als im produzierenden Gewerbe - im Einzelhandel als Weihnachtsgeld nur ein Teil eines Monatsgehalts gezahlt. Eine sehr kräftige Zunahme verzeichneten die Zahlungen für die betriebliche Altersversorgung, die sich mit 199 DM je Arbeitnehmer

nahezu verdoppelten. Auch für Ausbildungsvergütungen sowie die sonstigen Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung wurden deutlich höhere Beträge ermittelt; sie nahmen zusammen auf 1 264 DM (+ 47%) zu.

Im Großhandel stiegen Arbeitskosten je Arbeitnehmer auf 36 600 DM

Im Großhandel beliefen sich 1981 die durchschnittlichen Arbeitskosten je Arbeitnehmer auf 36 630 DM. Die Zunahme gegenüber 1978 fiel mit 14% etwas höher aus als im Einzelhandel. Das Entgelt für geleistete Arbeit stieg auf 22 840 DM (+ 11%) und die Personalnebenkosten auf 13 790 DM, wobei die Erhöhung mit + 20% ungleich stärker war. Auf je 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit kamen somit 60,40 DM an Personalnebenkosten hinzu, auf je 100 DM an Bruttolöhnen und -gehältern weitere 22,90 DM an Personalnebenkosten. Auch die für den Großhandel ermittelten Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde sind mit 19,89 DM (+ 17%) deutlich höher als im Einzelhandel, wo vorwiegend Verkäuferinnen beschäftigt sind, die meist über eine geringere berufliche Qualifikation verfügen.

Mit zunehmender Betriebsgröße nahmen die Arbeitskosten merklich zu. So beliefen sich in Unternehmen des Großhandels mit 200 bis 500 Beschäftigten die durchschnittlichen Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde auf 23,18 DM. Die gesetzlichen Nebenkosten (6 880 DM) waren ebenso hoch wie die tariflichen und zusätzlichen (6 900 DM). Als bedeu-

tendste gesetzliche Personalnebenkosten mußten je Arbeitnehmer aufgewendet werden für Sozialversicherungsbeiträge 4 864 DM (+ 15%), Vergütung gesetzlicher Feiertage einschließlich sonstiger Ausfallzeiten 1 131 DM (+ 8,9%) und für gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung bei Krankheit 838 DM (+ 61,1%). Die gegenüber dem Einzelhandel deutlich höheren Sozialversicherungsbeiträge weisen auf das höhere Gehaltsniveau im Großhandel hin. Als größte Aufwandsposten bei den tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten wurden ermittelt die Urlaubsvergütungen mit 2 603 DM (+ 23%) sowie Gratifikationen, 13. Monatsgehalt und Gewinnbeteiligungen mit 1 513 DM (+ 13%). Die relativ hohen Zahlungen für die betriebliche Altersversorgung betrugen mehr als das Dreifache des Einzelhandels; sie beliefen sich auf 726 DM (+ 19%). Niedriger waren dagegen die Ausbildungsvergütungen und die sonstigen Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung, die insgesamt 869 DM ausmachten. Damit erhöhten sie sich gegenüber 1978 um nicht weniger als 55%.

Im Kreditgewerbe sind Personalnebenkosten mit 22 380 DM je Arbeitnehmer am höchsten

Aus Gründen des Datenschutzes konnten für das Jahr 1978 die Personalnebenkosten nach Kostenarten der Banken und Versicherungen nicht veröffentlicht werden. Für die Erhebung 1981 gilt dies nur für die Versicherungen, so daß erstmals seit vielen Jahren wieder detaillierte Angaben über die Arbeits-

Arbeitskosten je Arbeitnehmer im Groß- und Einzelhandel nach Beschäftigtengrößenklassen 1981

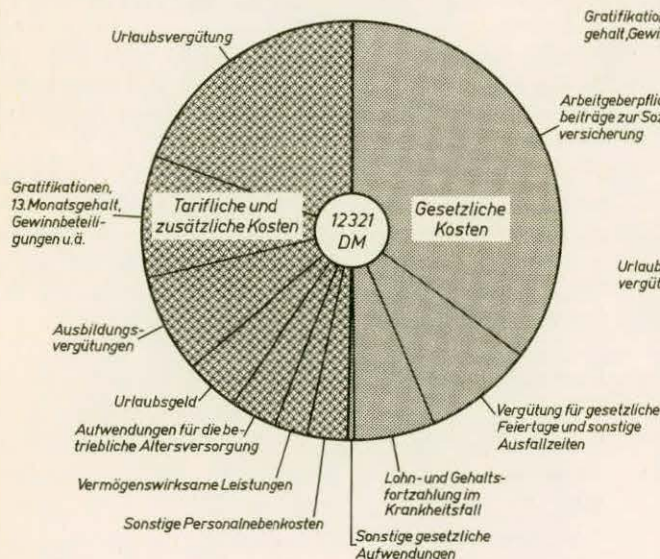
Art der Arbeitskosten	Arbeitskosten je Arbeitnehmer in Unternehmen mit ... Beschäftigten ¹⁾							
	10 und mehr	50 und mehr	10 - 49	50 - 99	100 - 199	200 - 499	500 - 999	1 000 und mehr
	DM							
Großhandel								
Entgelt für geleistete Arbeit	22 844	23 999	21 690	24 634	.	23 907	.	-
Personalnebenkosten insgesamt	13 787	15 449	12 127	14 190	.	17 274	.	-
dar.: Gesetzliche Personalnebenkosten ²⁾	6 881	7 490	6 272	7 410	.	7 601	.	-
Sonderzahlungen	2 393	2 752	2 035	2 265	.	3 353	.	-
Vergütung arbeitsfreier Tage	4 574	5 157	3 992	5 162	.	5 351	.	-
Aufwand für Vorsorgeeinrichtungen	5 598	6 321	4 877	5 609	.	7 485	.	-
Sonstige Personalnebenkosten	1 221	1 219	1 223	1 154	.	1 085	.	-
Arbeitskosten insgesamt	36 631	39 448	33 816	38 825	.	41 181	.	-
dar.: Bruttolöhne und -gehälter ³⁾	29 811	31 908	27 716	32 062	.	32 611	.	-
Einzelhandel								
Entgelt für geleistete Arbeit	18 606	19 420	17 952	17 526	.	18 914	22 864	.
Personalnebenkosten insgesamt	10 898	11 535	10 387	10 601	.	11 742	12 827	.
dar.: Gesetzliche Personalnebenkosten ²⁾	5 536	6 036	5 135	5 219	.	6 075	6 774	.
Sonderzahlungen	1 546	1 729	1 399	1 536	.	1 706	1 868	.
Vergütung arbeitsfreier Tage	3 846	4 295	3 485	3 543	.	4 342	4 977	.
Aufwand für Vorsorgeeinrichtungen	4 046	4 408	3 754	3 840	.	4 538	5 034	.
Sonstige Personalnebenkosten	1 461	1 103	1 749	1 682	.	1 156	947	.
Arbeitskosten insgesamt	29 504	30 955	28 339	28 127	.	30 656	35 691	.
dar.: Bruttolöhne und -gehälter ³⁾	23 997	25 443	22 836	22 605	.	24 963	29 709	.

- 1) Ohne Auszubildende; Teilzeitbeschäftigte wurden im Verhältnis 1 zu 0,6 in Vollbeschäftigte umgerechnet. - 2) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlungen sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen. - 3) Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage.

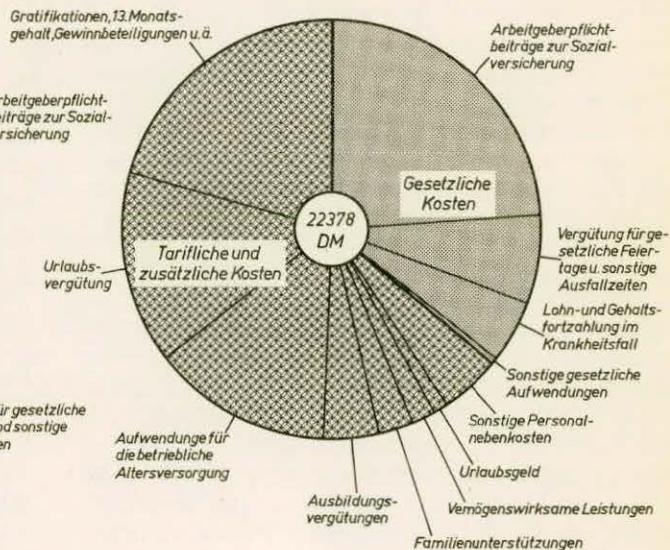
Personalnebenkosten je Arbeitnehmer im Handel und Kreditgewerbe 1981

Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern

Groß- und Einzelhandel



Kreditgewerbe



kosten des Kreditgewerbes gemacht werden können. Bei Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstituten errechnen sich 1981 Arbeitskosten je Arbeitnehmer von durchschnittlich 47 300 DM. Sie fielen somit erheblich höher aus als im Groß- und Einzelhandel, blieben aber deutlich unter denen der Industrieangestellten. Das Entgelt für geleistete Arbeit betrug 24 930 DM (53%) und die Personalnebenkosten 22 380 DM (47%). Auf je 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit kamen 89,80 DM an Personalnebenkosten hinzu und auf je 100 DM an Bruttolöhnen und -gehältern noch 30,90 DM an weiteren Nebenkosten. Bezogen auf das Entgelt für geleistete Arbeit sind im Kreditwesen die Quoten der Personalnebenkosten ganz erheblich höher als im Einzel- und Großhandel sowie bei den Industrieangestellten. Auch die Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde waren mit 26,28 DM beträchtlich höher als im Handel.

Im Kreditgewerbe ist der prozentuale Anteil der gesetzlichen Kosten an den Personalnebenkosten mit reichlich einem Drittel ganz erheblich niedriger als im Handel. Von den wichtigsten gesetzlichen Nebenkosten mußten 1981 je Arbeitnehmer aufgewendet werden für Sozialversicherungsbeiträge 5 380 DM, Vergütung gesetzlicher Feiertage einschließlich sonstiger Ausfallzeiten 1 510 DM und für gesetzliche

Lohn- und Gehaltsfortzahlung bei Krankheit 1 050 DM. Unter den tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten befinden sich besonders hohe Zahlungen für die betriebliche Altersversorgung (3 140 DM), darunter 1 150 DM Nettozuführungen zu den Pensionsrückstellungen. Auch die Beträge für Gratifikationen, 13. Monatsgehalt, Gewinnbeteiligung u. ä. (4 650 DM) lassen darauf schließen, daß oft ein 13. und 14. Monatsgehalt gezahlt wird. Erheblich höher als im Handel und bei Industrieangestellten sind auch die ermittelten Beträge für Ausbildungsvergütungen und sonstige Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung; sie beliefen sich je Arbeitnehmer auf zusammen 1 230 DM. Relativ hoch sind außerdem die Beträge für Familienunterstützungen (597 DM) sowie die Beihilfen im Krankheitsfall (166 DM).

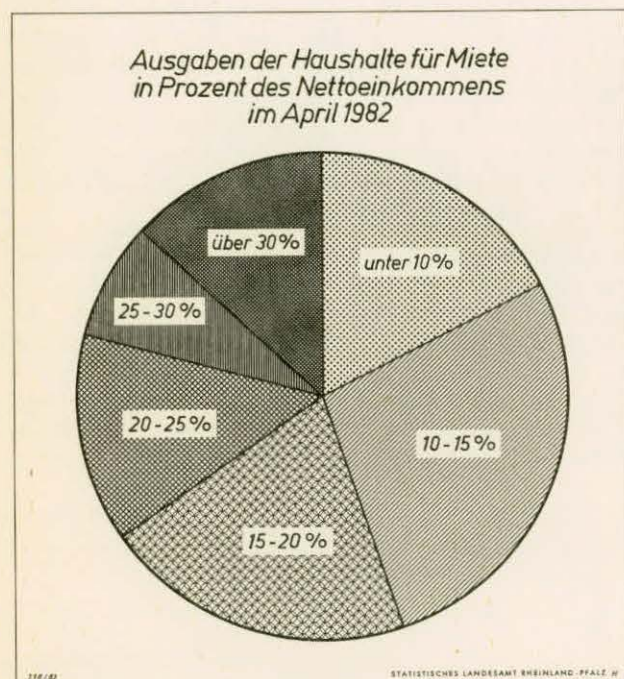
Auch im Kreditgewerbe fallen die Nebenkosten mit zunehmender Zahl der Beschäftigten höher aus. So mußten die Unternehmen des Kreditgewerbes mit zehn bis 50 Beschäftigten an Nebenkosten 18 780 DM je Arbeitnehmer aufwenden, solche mit 200 bis 500 Beschäftigten 21 950 DM. Die großen Banken und Kreditinstitute geben vor allem höhere Beträge für Sonderzahlungen und Vorsorgeeinrichtungen aus.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Wohnungsmieten im April 1982

Für eine effektive Wohnungspolitik ist es erforderlich, in kürzeren Zeitabständen Daten über das Mietgefüge und die Entwicklung der Mieten zur Verfügung zu haben. Angaben über die Mietbelastung und die Unterbringung der Haushalte sind nach dem Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. Juli 1975 (BGBl. I S. 1099) durch eine Ergänzungserhebung zum Mikrozensus in einem Abstand von zwei Jahren zu erfassen. Die erste Erhebung dieser Art fand im April 1980 statt. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die 1982er Zählung. Sie sind als eine Fortschreibung der letzten 1%-Wohnungsstichprobe vom April 1978 anzusehen. Da sowohl der Fragenkatalog als auch das Tabellenprogramm der Zusatzerhebungen 1980 und 1982 identisch waren, ist es möglich, die Entwicklung der Wohnungsmieten über diesen Zeitraum aufzuzeigen. In den Ergebnissen sind Hauptmieter in Freizeitwohneinheiten sowie Mieter in Wohnungen, deren Miete wegen finanzieller Vorleistungen ermäßigt ist, nicht einbezogen. Zu den Mietwohnungen zählen neben den reinen Mietwohnungen auch Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen sowie alle vom Eigentümer verbilligt oder kostenlos überlassenen Einheiten, ebenso die sogenannten Mietwohneinheiten mit nur einer behelfsmäßigen Kochgelegenheit.

Definitionsgemäß sind in dem Mietbetrag die Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung und Schornsteinfeger enthalten. Nicht zur Miete rechnen die Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenmiete und Zuschlag für Möbliierung.



Anteil der Eigentümerwohnungen bei 54%

Im April 1982 gab es in Rheinland-Pfalz 1,37 Mill. belegte Wohneinheiten, von denen sich 1,34 Mill. in Wohngebäuden befanden. Es handelt sich bei diesen Wohnungen um 600 000 Mietwohnungen (46%) und 700 000 Eigentümerwohnungen (54%). Seit jeher ist in Rheinland-Pfalz die Eigentümerquote sehr hoch. Zusammen mit dem Saarland liegt es an der Spitze aller Bundesländer.

Jeweils 40% der Wohnungen wurden bis 1948 bzw. zwischen 1949 und 1971 errichtet, die restlichen 20% ab 1972. In der Unterscheidung nach Miet- und Eigentümerwohnungen sind bei dem Baualter keine gravierenden Abweichungen vom Gesamtergebnis ersichtlich.

Durchschnittlich 346 DM Monatsmiete

Der durchschnittliche monatliche Preis für eine Mietwohnung stellte sich im April 1982 auf 346 DM, reine Mietwohnungen brachten es auf 361 DM. Das sind 15 bzw. 16% mehr als im Frühjahr 1980.

Teils werden Mieterhöhungen mit den Verteuerungen der Mietnebenkosten begründet. Diese haben sich zwischen 1980 und 1982 unterschiedlich entwickelt. So verteuerten sich Wasser um 9,6% und die Abwässerbeseitigung um 10,8%. Weitaus stärker zogen die Preise für elektrischen Strom (+ 22%) und die Müllabfuhr (+ 16%) an. Gleichzeitig stiegen die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte um 10,9%.

Jede zehnte Wohnung kostete zwischen 150 und 200 DM Miete

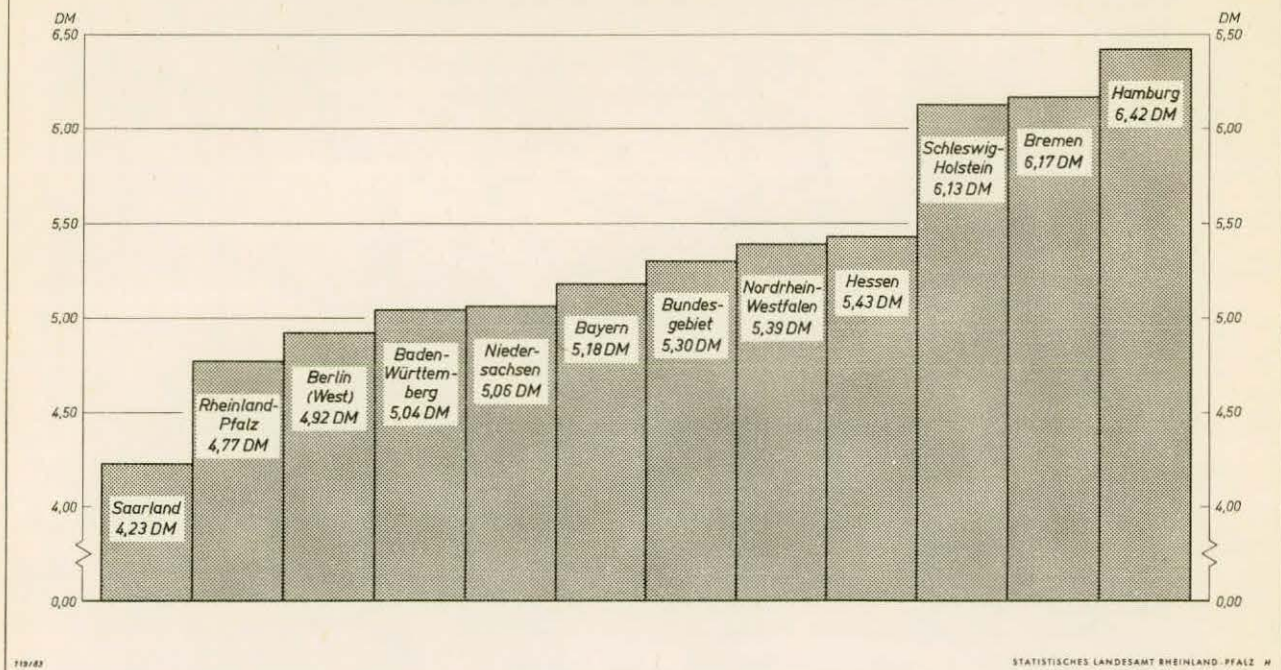
Im Jahre 1982 bezahlten 29% der Mieter ein Entgelt bis zu 250 DM. Zwei Jahre zuvor waren es noch 40% der Mieter. Etwa jeder zehnte Mieter (9,6%) gab eine monatliche Miete zwischen 150 und 200 DM an (1980: 12,6%). Demgegenüber mußte ein Drittel der Haushalte Mietaufwendungen von 400 und mehr DM aufbringen. 1980 hatte sich dieser Wert auf 23% gestellt.

4,77 DM je Quadratmeter

Für die Miethöhe sind quantitative und qualitative Komponenten der Wohnung bestimmend. Dies gilt insbesondere für das Baualter der Wohnung. Im Durchschnitt lag die Miete für die ab 1972 errichteten reinen Mietwohnungen mit 481 DM um 35% über der Miete für die 1949 bis 1971 gebauten Wohnungen (356 DM). Mit zunehmender Wohnfläche nimmt die Durchschnittsmiete je Wohnung zu, während die Durchschnittsmiete je Quadratmeter Wohnfläche sinkt. Große Wohnungen haben trotz hoher Gesamtmiete einen niedrigeren Quadratmeterpreis.

Im Landesmittel errechnete sich 1982 für Mietwohnungen ein Quadratmeterpreis von 4,77 DM. Reine Mietwohnungen brachten es auf 4,96 DM. Zwei Jahre zuvor beliefen sich die Vergleichswerte auf 4,16 bzw. 4,31 DM. Nach Baualtersklassen gab es beachtliche

Quadratmetermieten in den Bundesländern im April 1982



Unterschiede. So belief sich für die bis 1948 erstellten Wohnungen der Preis auf 4,10 DM je Quadratmeter, für Wohnungen der Jahre 1949 bis 1971 waren es 5,11 DM und für die jüngeren Neubauten 6,01 DM.

Geringere Verteuerungen für besser ausgestattete Wohnungen

Bei der Ausstattung der Wohnungen kommt dem Vorhandensein einer Sammelheizung bei der Miethöhe eine besondere Bedeutung zu. Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung kosteten monatlich 410 DM (1980: 369 DM). Fehlte diese Heizung, ergab sich ein Betrag von 270 DM (1980: 239 DM). Qualitativ weniger gut ausgestattete Wohnungen erreichten eine monatliche Miete von 220 DM. Im Vergleich zu 1980 sind das 30 DM oder 16% mehr. Diese Steige-

rungsrate ist höher als bei den Wohnungen mit bzw. ohne Sammelheizung (+ 11 bzw. + 13%).

Knapp 60% aller Mietwohnungen, deren durchschnittliche Fläche bei 73 m² lag, kosteten bis zu 5 DM je Quadratmeter. Etwa für jede siebte Wohnung mußten Mietpreise von unter 3 DM bezahlt werden. Im Jahre 1980 traf dieses auf gut jede vierte Einheit zu. Stärker erhöht hat sich der Anteil der Wohnungen, für die monatlich zwischen 6 und 7 bzw. 7 und mehr DM je Quadratmeter bezahlt werden mußte. Lagen 1980 die Quoten hier noch bei 6,4 bzw. 7,9%, so waren es im Frühjahr 1982 bereits 9,3 bzw. 15%.

Jeder fünfte Haushalt gibt mehr als 25% des Einkommens für die Miete aus

Die monatlichen Mietzahlungen nehmen im Budget der privaten Haushalte ein unterschiedliches Gewicht

Mietwohnungen nach Ausstattung, Größe und Höhe der Miete 1982

Wohnungsart Ausstattung Größe der Wohnung	Ins- gesamt	Mit Miet- angabe	Mit monatlicher Miete von ... DM								Miete je Wohnung
			unter 150	150 - 200	200 - 250	250 - 300	300 - 400	400 - 500	500 - 600	600 und mehr	
			1 000								
Reine Mietwohnungen	447	441	6,2	8,5	9,6	12,8	27,0	18,4	9,0	8,5	361
Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammel- heizung	350	302	(2,4)	4,0	5,6	10,5	30,1	23,5	12,2	11,7	410
Mietwohnungen mit Bad, WC ohne Sammel- heizung	181	157	9,6	17,3	19,1	19,2	22,1	8,1	.	.	270
Sonstige	81	60	30,3	17,4	19,0	(12,9)	(10,9)	.	.	.	220
Mietwohnungen mit einer Fläche unter 40 m ²	55	44	(21,5)	(13,6)	(17,2)	(15,9)	(22,4)	.	.	-	238
40 - 80 "	336	283	9,4	13,2	14,6	17,5	27,6	12,7	3,6	.	288
80 - 120 "	182	158	.	(3,3)	(5,1)	7,6	25,5	26,8	16,6	12,6	420
120 u.mehr "	39	34	(14,8)	48,7	626
I n s g e s a m t	612	519	7,8	9,6	11,2	13,4	25,5	16,8	8,0	7,7	346

Mietwohnungen mit Mietangaben nach Ausstattung, Größe und Quadratmetermiete 1982

Wohnungsart Ausstattung Größe der Wohnung	Ins- gesamt	Mit einer Quadratmetermiete von ... DM						Fläche je Wohnung	Quadrat- meter- miete je Wohnung
		unter 3,00	3,00 - 4,00	4,00 - 5,00	5,00 - 6,00	6,00 - 7,00	7,00 und mehr		
		1 000	%						
Reine Mietwohnungen	441	11,3	17,8	23,5	21,4	10,7	15,3	73	4,96
Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammel- heizung	302	7,8	11,8	22,7	25,7	12,6	19,4	78	5,24
mit Bad, WC ohne Sammel- heizung	157	19,0	34,5	25,9	11,7	(4,4)	(4,5)	68	3,95
Sonstige	60	36,1	17,9	(14,1)	(8,3)	.	18,2	54	4,06
Mietwohnungen mit einer Fläche unter 40 m 2	44	62,8	28	8,49
40 - 80 "	283	14,9	21,0	22,7	18,9	10,2	12,3	61	4,74
80 - 120 "	158	13,9	20,0	26,4	24,1	9,2	6,4	92	4,58
120 u.mehr "	34	(25,5)	(17,2)	(23,5)	.	.	.	140	4,46
I n s g e s a m t	519	14,5	19,4	22,6	19,4	9,3	14,8	73	4,77

ein. Allgemein nimmt mit steigendem Einkommen der Anteil der Ausgaben für die Wohnungsnutzung an den Gesamtausgaben eines Haushalts relativ ab. Mußte im Frühjahr 1980 jeder zweite Miethaushalt bis zu 15% des Nettoeinkommens für die Miete aufbringen, so waren es zwei Jahre später nur noch 43% der Haushalte. Unberücksichtigt sind dabei die Hauptmieter mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 DM und mehr. Diese Verschiebung ist besonders auf diejenigen Haushalte zurückzuführen, die Mietzahlungen bis zu einer Höhe von 10% des Einkommens leisten mußten. Von 1980 bis 1982 reduzierte sich dieser Anteil von 22 auf 17%. Jeder fünfte Haushalt mußte mehr als 25% seines Nettoeinkommens für die Miete einplanen, davon allein jeder achte 30 und mehr %. In diese Kategorie fiel im Jahre 1980 jeder zehnte Haushalt.

Den erhöhten Mietaufwendungen standen aber auch hohe Einkommenssteigerungen der Arbeitnehmer gegenüber. So erhöhten sich von April 1980 bis April 1982 die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe um 12,1%. In der gleichen Größenordnung lag die Zunahme der Bruttostundenverdienste der Arbeiter.

Wohnungsmieten der Haushalte

Miete und Haushaltsgröße stehen in enger Beziehung zueinander. Mit zunehmender Haushaltsgröße steigt der Bedarf an Wohnraum, gleichzeitig erhöht sich auch der dafür zu entrichtende Mietbetrag. Während Einpersonenhaushalte, die rund ein Drittel der in die Betrachtung einbezogenen Hauptmieterhaushalte ausmachten, im Durchschnitt 282 DM zahlten, waren von den Haushalten mit fünf und mehr Personen 435 DM zu entrichten. Zwei Jahre zuvor hatten diese Werte bei 236 bzw. 362 DM gelegen.

Die soziale Stellung des Wohnungsmieters beeinflusst die Bereitschaft, höhere Mieten zu zahlen. Die Haushalte von Selbständigen brachten im Durchschnitt 525 DM monatlich für ihre Wohnung auf, Beamte und Angestellte 430 bzw. 405 DM. Mit 291 DM zahlten Nichterwerbstätige die geringste Miete. Haushalte, die vor dem Jahre 1972 ihre Wohnung bezogen haben, hatten mit 281 DM die niedrigsten Mietkosten. Demgegenüber mußten Haushalte mit Einzugsjahr 1978/79 im Durchschnitt 374 DM an monatlicher Miete aufbringen.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Hauptmieterhaushalte nach Haushaltsgröße, Miete und Mietbelastung 1982

Haushaltsgröße	Ins- gesamt	Mit Miet- angabe	Von den Haushalten mit Mietangabe haben eine Belastung von ... % des Haushaltsnettoeinkommens						Miete je Wohnung mit Miet- angabe DM
			unter 10	10 - 15	15 - 20	20 - 25	25 - 30	30 und mehr	
			%						
	1 000								
1 Person	219	175	8,6	18,1	19,7	16,5	11,8	24,5	282
2 Personen	179	154	19,4	34,4	20,3	10,8	(5,6)	6,8	351
3 Personen	110	95	23,2	27,7	20,1	13,6	(6,2)	.	376
4 Personen	71	65	21,3	27,3	20,4	(12,5)	.	(8,0)	423
5 Personen u.mehr	33	30	(22,1)	(25,7)	(16,8)	.	.	.	435
I n s g e s a m t	612	519	16,9	26,3	19,9	13,5	7,6	12,6	346

Außenhandel mit den ASEAN-Staaten 1972 bis 1982

Organisation besteht seit mehr als 15 Jahren

Die südostasiatischen Staaten Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand schlossen sich im Jahre 1967 zur Association of South-East-Asian Nations (ASEAN) zusammen. Diese fünf marktwirtschaftlich orientierten Länder verfolgen vor allem gemeinsame politische Ziele, wobei aber auch die zwischenstaatliche Wirtschaftskooperation zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die ASEAN-Länder bilden eine der wachstumsstärksten Regionen der Erde. Nach Unterlagen der Weltbank erhöhte sich das Brutto-sozialprodukt der in der ASEAN zusammengeschlossenen Staaten zwischen 1970 und 1980 im Durchschnitt jährlich um rund 7,5%. Für die führenden westlichen Industrienationen ergab sich im Mittel eine Steigerung von 3,2%.

In den fünf ASEAN-Staaten leben mehr als 260 Mill. Menschen. Die Bevölkerungsentwicklung ist durch vergleichsweise hohe Zuwachsraten gekennzeichnet. Etwa die Hälfte der Erwerbstätigen entfällt auf den Agrarsektor und erbringt dort ungefähr ein Viertel des Volkseinkommens. Der durchschnittliche Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zur Wertschöpfung hat sich während der beiden letzten Jahrzehnte mehr als verdoppelt und beträgt zur Zeit rund 40%. Ähnlich wie auf kulturellem Gebiet weisen die ASEAN-Staaten auch relativ ausgeprägte Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur auf, wobei Singapur und Malaysia industriell am weitesten entwickelt sind. In allen fünf Ländern erfährt sowohl die Landwirtschaft als auch die Industrie eine steuernde Förderung nach staatlichen Entwicklungsplänen.

Die ASEAN-Staaten sind mit jeweils mehr als 50% am Weltmarkt von Naturkautschuk, Kopa, Zinn, Palmöl und tropischen Hölzern beteiligt. Sie verfügen über reiche Rohstoffvorkommen, insbesondere Eisenerze, Kupfer und Nickel. Die Rohölressourcen des der OPEC angehörenden Staates Indonesien werden auf rund 3% der Weltölreserven geschätzt.

Zur Zeit tätigen die ASEAN-Länder fast drei Viertel ihres Außenhandels mit Staaten außerhalb der Organisation. Nicht zuletzt im Interesse einer größeren wirtschaftlichen Unabhängigkeit streben sie einen möglichst raschen Ausbau ihrer Industrie an und setzen nahezu 25% des Sozialprodukts für Investitionen ein. Mit Abstand wichtigster Außenhandelspartner ist Japan, gefolgt von den Vereinigten Staaten und den Ländern der EG. Im Jahre 1981 beliefen sich die Importe der ASEAN-Staaten aus Japan auf das Sechsfache der Einfuhren aus der Bundesrepublik. Die Warenlieferungen aus allen zehn EG-Ländern zusammen machten nur etwa die Hälfte der Importe aus Japan aus. Während im Jahre 1981 die Einfuhren der ASEAN-Länder aus der EG um rund 8% zunahmen, war für die Lieferungen aus der Bundesrepublik eine Steigerung um 44% zu verzeichnen (Rheinland-Pfalz + 31%).

Rheinland-pfälzische Exporte in die ASEAN-Staaten um 120% höher als Importe

Im Jahre 1982 führte Rheinland-Pfalz Waren im Wert von 510 Mill. DM in die ASEAN-Staaten aus. Das waren 7,3% der aus dem Bundesgebiet in diese Staatengruppe gelieferten Güter. Mehr als drei Vier-

Außenhandel von Rheinland-Pfalz und dem Bundesgebiet mit den ASEAN-Staaten 1972 und 1982

Verbrauchsland Herstellungsland	Rheinland-Pfalz				Bundesgebiet				Anteil Rheinland-Pfalz am Bundesgebiet	
	1972		1982		1972		1982		1972	1982
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	%	
Ausfuhr										
Indonesien	34	28,8	178	35,0	355	24,8	2 791	40,0	9,5	6,4
Malaysia	16	13,7	134	26,2	173	12,1	995	14,3	9,3	13,4
Philippinen	11	9,7	41	8,0	181	12,6	620	8,9	6,2	6,6
Singapur	24	20,5	82	16,2	423	29,5	1 847	26,5	5,6	4,4
Thailand	32	27,3	75	14,6	301	21,0	718	10,3	10,6	10,4
I n s g e s a m t	117	100,0	510	100,0	1 434	100,0	6 971	100,0	8,1	7,3
Einfuhr										
Indonesien	5	7,4	25	10,8	276	24,2	579	11,4	1,6	4,3
Malaysia	40	65,8	116	50,2	277	24,2	1 296	25,4	14,4	8,9
Philippinen	2	2,9	13	5,7	327	28,6	935	18,4	0,5	1,4
Singapur	2	3,2	17	7,3	95	8,3	985	19,4	2,0	1,7
Thailand	13	20,7	60	26,0	168	14,7	1 290	25,4	7,5	4,6
I n s g e s a m t	61	100,0	231	100,0	1 144	100,0	5 084	100,0	5,3	4,5

tel der rheinland-pfälzischen Produkte gelangten nach Indonesien (35%), Malaysia (26%) und Singapur (16%). Wichtigste Abnehmer der bundesdeutschen Exporte waren ebenfalls Indonesien (40%), Singapur (27%) und Malaysia (14%).

Mithin wurden jeweils rund zwei Fünftel der aus Rheinland-Pfalz und dem Bundesgebiet in die ASEAN-Länder ausgeführten Waren von Indonesien aufgenommen. Dieser aus etwa 14 000 Inseln bestehende Staat liegt mit mehr als 148 Mill. Einwohnern hinter China, Indien, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten in der Welt an fünfter Stelle. Seit 1950 leistete die Bundesrepublik für Indonesien insgesamt fast 2 Mrd. DM an Entwicklungshilfe. Die längerfristigen Entwicklungspläne des Staates sehen vor allem einen beschleunigten Ausbau der Maschinen- sowie Metall- und chemischen Industrie vor. Der Staatshaushalt Indonesiens wird zu rund 70% aus dem Rohölgeschäft finanziert.

Rheinland-Pfalz führte im Jahre 1982 für 231 Mill. DM Güter aus den ASEAN-Staaten ein. In das Bundesgebiet gelangten Importe für mehr als 5 Mrd. DM. Über die Hälfte der von unserem Land bezogenen

Waren kam aus Malaysia. Bei den Einfuhren des Bundes überwogen Produkte aus Malaysia und Thailand mit jeweils mehr als 25%.

Die rheinland-pfälzischen Importe aus Malaysia setzten sich zu drei Fünfteln aus Halbwaren zusammen. Malaysia lieferte 70% aller aus den ASEAN-Ländern eingeführten Halbwaren. Dieser Staat mit knapp 15 Mill. Einwohnern ist hinsichtlich seiner Infrastruktur in Südostasien führend. Der Stand der technologischen Entwicklung weist Malaysia als ein Schwellenland aus, das bereits in absehbarer Zeit zu den Industrienationen zählen dürfte. Im Jahre 1982 bestanden die rheinland-pfälzischen Exporte für Malaysia zu mehr als vier Fünfteln aus Enderzeugnissen. Von den Lieferungen in die ASEAN-Staaten waren 63% Endprodukte.

Zwischen 1972 und 1982 stiegen die rheinland-pfälzischen Ausfuhren in die ASEAN-Länder auf das 4,4fache. Die Importe aus diesen Staaten haben sich nahezu vervierfacht. Im Jahre 1982 lagen die Ausfuhren um 120% über den Einfuhren. Für das Bundesgebiet errechnete sich ein Ausfuhrüberschuß von 37%. Die rheinland-pfälzischen Exporte für Indonesien waren mehr als siebenmal so hoch wie die von dort bezogenen Importe. Dagegen bewegte sich der Wert der im Jahre 1982 nach Malaysia und Thailand gelieferten Produkte jeweils etwa in der Größenordnung der Einfuhren. Beim Außenhandel des Bundes mit Indonesien wurde ein Ausfuhrüberschuß von fast 400% erzielt. Maßgeblich bedingt durch ein außerordentlich starkes Bevölkerungswachstum und die im allgemeinen unzureichende infrastrukturelle Ausstattung ist der Lebensstandard Indonesiens noch immer vergleichsweise niedrig. Erst im Jahre 1981 hatte das jährliche Pro-Kopf-Einkommen dieses Landes die 500 Dollar-Grenze überschritten.

Kraftfahrzeuge als wichtigste Exportgüter des Landes

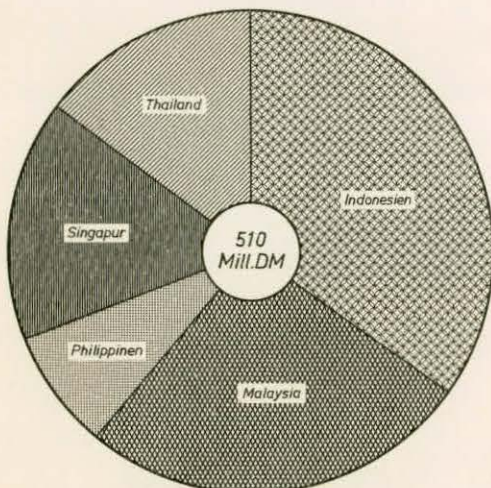
Zwei Fünftel der im Jahre 1982 aus Rheinland-Pfalz in die ASEAN-Staaten ausgeführten Güter waren Kraftfahrzeuge. Es folgten chemische Vorerzeugnisse (16%), Maschinen (12%), Kunststoffe (10%) und chemische Enderzeugnisse (7,2%). Von den aus dem Bundesgebiet in die ASEAN-Länder exportierten Produkten waren 29% Maschinen und 20% elektrotechnische Erzeugnisse. Jeweils rund ein Zehntel der Lieferungen machten chemische Vor- und Enderzeugnisse sowie Kraftfahrzeuge aus, gefolgt von Eisenwaren (4,6%) und Wasserfahrzeugen (3,9%).

Fast drei Zehntel der aus dem Bundesgebiet in die ASEAN-Staaten ausgeführten Kraftfahrzeuge kamen aus den Produktionsstätten unseres Landes, wo der Nutzfahrzeugbau dominiert. Die rheinland-pfälzischen Schwerpunkte der Straßenfahrzeugherstellung befinden sich in Wörth am Rhein und in Kaiserslautern. Für den Kraftfahrzeugexport ist in erster Linie die LKW-Produktion in Wörth maßgebend. Die Automobilindustrie zählt in Rheinland-Pfalz zu den wichtigsten Wachstumsbranchen und ist überdurchschnittlich exportintensiv.

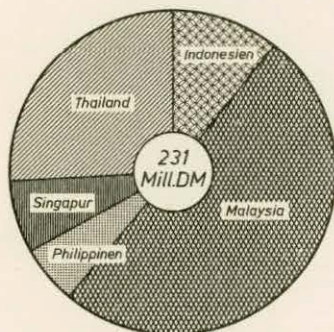
Während zwischen 1977 und 1982 die Beschäftigtenzahlen der meisten rheinland-pfälzischen Industriezweige rückläufig waren, verzeichnete der Stra-

Außenhandel mit den ASEAN-Staaten 1982

Ausfuhr



Einfuhr



Die Fläche der Sektoren entspricht dem Aus- bzw. Einfuhrwert

117/82

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Außenhandel des Bundesgebietes¹⁾ mit den ASEAN-Staaten nach ausgewählten Waren 1982

Warengruppe	ASEAN-Staaten		Indonesien		Malaysia		Philippinen		Singapur		Thailand	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Ausfuhr												
<u>Ernährungswirtschaft</u>	67	1,2	11	0,6	5	0,5	7	1,6	10	0,6	34	4,7
Hopfen	20	0,3	0	0,0	0	0,0	2	0,3	0	0,0	18	2,5
Wein	2	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1	0,1	0	0,0
<u>Gewerbliche Wirtschaft</u>	6 880	98,8	2 775	99,4	987	99,5	610	98,4	1 829	99,4	680	95,3
Rohstoffe	28	0,4	5	0,2	3	0,4	2	0,4	15	0,8	3	0,4
Steine und Erden	9	0,1	4	0,1	1	0,1	1	0,2	1	0,1	1	0,2
Halbwaren	375	5,4	74	2,7	43	4,5	15	2,4	208	11,3	35	5,4
Chemische Halbwaren	90	1,3	20	0,7	25	2,5	5	0,8	16	0,9	24	3,3
Fertigwaren	6 477	93,0	2 696	96,5	941	94,6	593	95,6	1 606	86,9	642	89,5
Vorzeugnisse	807	11,6	301	10,8	94	9,4	88	14,2	214	11,6	110	15,3
Kunststoffe	159	2,3	49	1,8	28	2,8	14	2,2	47	2,6	20	2,8
Chemische Vorzeugnisse	413	5,9	186	6,7	44	4,4	50	8,0	73	4,0	61	8,5
Teerfarbstoffe	93	1,3	42	1,5	8	0,9	12	2,0	8	0,4	23	3,2
Enderzeugnisse	5 670	81,3	2 395	85,8	847	85,1	504	81,4	1 392	75,3	532	74,2
Eisenwaren	319	4,6	167	6,0	35	3,5	36	5,8	60	3,3	21	2,9
Maschinen	2 036	29,2	1 058	37,9	238	23,9	128	20,6	412	22,3	201	28,0
Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie	138	2,0	89	3,2	14	1,4	9	1,5	13	0,7	12	1,7
Papier- und Druckmaschinen	132	1,9	59	2,1	16	1,6	9	1,5	26	1,4	21	2,9
Werkzeugmaschinen, Walzwerksanlagen	199	2,9	68	2,4	47	4,7	11	1,8	56	3,0	17	2,4
Pumpen, Druckluftmaschinen	131	1,9	46	1,6	21	2,1	10	1,7	44	2,4	10	1,4
Textil-, Lederindustriemaschinen	91	1,3	44	1,6	4	0,4	15	2,4	7	0,4	21	2,9
Sonstige Maschinen	1 072	15,4	659	23,6	100	10,0	57	9,2	172	9,3	83	11,6
Chemische Erzeugnisse	355	5,1	105	3,8	50	5,0	50	8,0	67	3,6	84	11,7
Pharmazeutische Erzeugnisse	141	2,0	45	1,6	16	1,6	23	3,7	14	0,7	43	6,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	1 372	19,7	553	19,8	167	16,8	200	32,4	350	19,0	100	13,9
Kraftfahrzeuge	694	10,0	176	6,3	218	21,9	29	4,7	214	11,6	57	7,9
Wasserfahrzeuge	272	3,9	148	5,3	-	-	0	0,0	124	6,7	0	0,0
I n s g e s a m t	6 971	100,0	2 791	100,0	995	100,0	620	100,0	1 847	100,0	718	100,0
Einfuhr												
<u>Ernährungswirtschaft</u>	1 638	33,2	270	48,4	236	18,6	357	38,2	32	3,2	744	57,7
Olukuchen	270	5,3	72	12,4	67	5,2	127	13,6	-	-	4	0,3
Pflanzliche Öle und Fette	167	3,3	41	7,0	65	5,1	49	5,2	12	1,3	0	0,0
Sonstige pflanzliche Nahrungsmittel	614	12,1	25	4,2	0	0,0	0	0,0	0	0,0	589	45,7
Kaffee	47	0,9	44	7,7	-	-	2	0,3	0	0,0	-	-
Rohtabak	80	1,6	22	3,9	-	-	25	2,7	-	-	32	2,5
<u>Gewerbliche Wirtschaft</u>	3 382	66,8	288	51,6	1 049	81,4	573	61,8	930	96,8	542	42,3
Rohstoffe	416	8,3	72	13,1	225	17,3	7	1,3	69	7,0	43	3,3
Kautschuk u.ä. Produkte	354	7,0	57	9,8	218	16,8	0	0,0	63	6,4	16	1,2
Erdöl, roh	4	0,1	4	0,6	-	-	-	-	-	-	-	-
Halbwaren	905	17,9	133	23,6	335	26,4	227	24,3	34	3,5	175	13,6
Zinn, roh, auch Legierungen	356	7,0	121	20,9	71	5,5	-	-	2	0,2	161	12,5
Fertigwaren	2 061	40,6	83	14,9	489	37,7	339	36,2	826	86,3	324	25,4
Vorzeugnisse	208	4,1	19	3,3	46	3,5	16	1,8	14	1,4	112	8,7
Enderzeugnisse	1 853	36,4	64	11,0	443	34,2	322	34,5	812	82,5	212	16,4
Spinnstoffwaren, Kleidung	496	9,8	30	5,2	71	5,5	174	18,6	109	11,0	113	8,7
Holzwaren	60	1,2	7	1,3	6	0,5	10	1,0	8	0,8	28	2,2
Maschinen	121	2,4	1	0,2	2	0,2	0	0,0	118	11,9	0	0,0
Büromaschinen	69	1,4	0	0,0	0	0,0	0	0,0	69	7,0	0	0,0
Pumpen, Druckluftmaschinen	12	0,2	0	0,1	1	0,1	0	0,0	11	1,1	0	0,0
Sonstige Maschinen	27	0,5	0	0,0	0	0,0	0	0,0	26	2,7	0	0,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	852	16,8	1	0,2	290	22,4	85	9,1	468	47,5	8	0,6
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	51	1,0	0	0,0	27	2,1	3	0,3	19	1,9	1	0,1
I n s g e s a m t	5 084	100,0	579	100,0	1 296	100,0	935	100,0	985	100,0	1 290	100,0

1) Nur bei den Gesamtwerten sind Rückwaren und Ersatzlieferungen berücksichtigt.

Außenhandel von Rheinland-Pfalz mit den ASEAN-Staaten nach ausgewählten Waren 1982

Warengruppe	ASEAN-Staaten		Indonesien		Malaysia		Philippinen		Singapur		Thailand	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Ausfuhr												
Ernährungswirtschaft	13	2,5	1	0,5	1	1,0	1	1,3	2	2,9	8	10,2
Malz	7	1,3	-	-	0	0,2	-	-	-	-	6	8,4
Wein	2	0,4	0	0,0	0	0,3	0	0,5	1	1,3	0	0,2
Gewerbliche Wirtschaft	497	97,5	178	99,5	132	99,0	40	98,7	80	97,1	67	89,8
Rohstoffe	4	0,8	2	1,0	1	0,6	0	0,1	1	0,8	1	0,8
Steine und Erden	3	0,6	2	1,0	1	0,4	0	0,1	1	0,8	0	0,0
Halbwaren	25	4,8	5	3,0	1	0,9	0	1,1	2	2,0	16	21,5
Mineralische Baustoffe	5	1,0	4	2,3	1	0,4	-	-	0	0,2	0	0,0
Chemische Halbwaren	18	3,6	1	0,4	0	0,4	0	1,0	1	1,4	16	21,1
Fertigwaren	468	91,9	170	95,5	130	97,5	40	97,5	77	94,4	50	67,6
Vorzeugnisse	146	28,7	52	29,2	21	15,9	15	35,8	41	50,1	17	22,8
Kunststoffe	51	9,9	20	11,3	9	6,4	2	5,7	17	20,9	2	3,3
Chemische Vorzeugnisse	83	16,3	31	17,3	11	8,5	11	28,0	17	20,9	13	16,9
Teerfarbstoffe	32	6,3	15	8,4	3	2,4	7	16,1	2	2,5	5	7,3
Enderzeugnisse	322	63,2	118	66,3	109	81,7	25	61,6	36	44,3	33	44,8
Maschinen	62	12,1	22	12,5	14	10,7	7	16,8	10	12,8	8	10,5
Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie	10	2,0	6	3,6	0	0,0	0	0,9	2	2,3	2	2,3
Pumpen, Druckluftmaschinen	11	2,1	6	3,4	1	0,4	1	2,6	1	0,8	2	2,9
Textil-, Lederindustrie-maschinen	3	0,6	1	0,6	0	0,3	1	1,3	1	1,1	0	0,3
Sonstige Maschinen	30	5,9	7	3,8	11	7,9	5	11,5	5	5,8	3	4,3
Chemische Erzeugnisse	37	7,2	10	5,5	4	3,1	9	20,9	4	5,3	10	13,6
Pharmazeutische Erzeugnisse	12	2,4	3	1,7	1	1,0	2	4,4	2	2,4	4	6,0
Sonstige chemische Erzeugnisse	23	4,5	6	3,5	3	1,9	7	16,4	2	2,5	6	7,6
Kraftfahrzeuge	203	39,8	82	45,9	88	65,6	6	14,5	16	19,7	11	14,7
I n s g e s a m t	510	100,0	178	100,0	134	100,0	41	100,0	82	100,0	75	100,0
Einfuhr												
Ernährungswirtschaft	34	14,6	3	12,5	3	2,1	3	25,6	1	5,4	24	40,1
Ölkuchen	8	3,5	2	10,0	2	1,9	3	24,2	-	-	0	0,3
Sonstige pflanzliche Nahrungsmittel	14	6,1	0	0,5	-	-	-	-	0	0,4	14	23,2
Rohtabak	10	4,1	0	1,2	-	-	0	0,4	-	-	9	15,3
Gewerbliche Wirtschaft	197	85,4	22	87,5	113	97,9	10	74,4	16	94,6	36	59,9
Rohstoffe	41	17,7	2	7,1	36	31,1	0	0,0	0	1,4	3	4,7
Halbwaren	100	43,6	12	49,8	69	59,7	1	9,3	4	23,4	14	22,9
Bau- und Nutzholz, Schnittholz	17	7,4	1	2,0	14	12,0	0	0,4	2	14,7	-	-
Zinn, roh, auch Legierungen	82	35,6	12	47,5	55	47,6	-	-	1	8,7	14	22,9
Fertigwaren	56	24,1	8	30,6	8	7,2	9	65,0	12	69,9	19	32,2
Vorzeugnisse	20	8,5	1	2,7	5	4,3	0	1,1	0	0,8	14	22,8
Enderzeugnisse	36	15,6	7	27,9	3	2,9	8	63,9	12	69,0	6	9,4
Spinnstoffwaren, Kleidung	15	6,3	1	3,7	1	1,1	7	55,7	3	19,5	2	3,0
Kleidung u.dgl.aus Seide	12	5,4	1	2,9	1	0,7	7	54,2	2	13,8	2	2,5
Holzwaren	6	2,5	1	2,5	1	0,6	0	1,2	2	14,8	2	3,0
Maschinen	4	1,9	0	0,0	0	0,0	-	-	4	25,9	0	0,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	1	0,5	-	-	1	0,6	0	0,0	1	3,4	0	0,0
I n s g e s a m t	231	100,0	25	100,0	116	100,0	13	100,0	17	100,0	60	100,0

Benfahrzeugbau eine ausgeprägte Expansion. Dort wurden annähernd 7 000 Arbeitsplätze neu geschaffen, während gleichzeitig der Personalbestand der gesamten Industrie um 12 000 abnahm. Der im Jahre 1982 vom rheinland-pfälzischen Straßenfahrzeug-, Schiff- und Luftfahrzeugbau erwirtschaftete Umsatz setzte sich zu 56% aus Auslandsumsatz zusammen. Im Land entfielen 36% des Umsatzes des verarbei-

tenden Gewerbes auf den Export, auf Bundesebene 27%.

Jeweils rund zwei Fünftel der rheinland-pfälzischen Kraftfahrzeuglieferungen in die ASEAN-Staaten wurden von Malaysia und Indonesien aufgenommen. Annähernd zwei Drittel der aus dem Bundesgebiet dorthin exportierten Kraftfahrzeuge gelangten zu et-

wa gleichen Teilen nach Malaysia und Singapur. Die aus Deutschland für insgesamt 272 Mill. DM in die ASEAN-Staaten ausgeführten Wasserfahrzeuge kamen ausschließlich nach Indonesien (55%) und Singapur (45%).

Der seit 1959 unabhängige Stadtstaat Singapur hat rund 2,5 Mill. Einwohner und ist das wirtschaftlich am weitesten entwickelte Land in Südostasien. Die Erwerbsstruktur ist durch ein stärkeres Überwiegen des Dienstleistungssektors gekennzeichnet. Gemessen am Warenumsatz ist Singapur nach Rotterdam der zweitgrößte Hafen der Welt. Singapur verfügt über eines der bedeutendsten Raffineriezentren und strebt vorrangig den Ausbau seiner Maschinen-, Fahrzeug- und Elektroindustrie an. Im Jahre 1982 überwogen bei den rheinland-pfälzischen Exporten für Singapur Kunststoffe, chemische Vorerzeugnisse und Kraftfahrzeuge mit je einem Fünftel. An den Ausfuhren des Bundesgebietes nach Singapur waren Halbwaren, unter denen Edelmetalle für die gewerbliche Verarbeitung dominierten, überdurchschnittlich beteiligt.

Indonesien als wichtigster Abnehmer von Maschinen

Rheinland-Pfalz führte im Jahre 1982 für fast 62 Mill. DM Maschinen in die ASEAN-Staaten aus. Mehr als ein Drittel davon waren Maschinen für die Nahrungsmittelverarbeitung sowie Pumpen und Druckluftmaschinen. Über drei Viertel der Maschinenexporte in die ASEAN-Länder wurden von Indonesien (36%), Malaysia (23%) und Singapur (17%) aufgenommen.

Die Wirtschaft unseres Landes exportierte im Jahre 1982 weltweit Maschinen im Wert von 3,3 Mrd. DM. Im rheinland-pfälzischen Maschinenbau sind zur Zeit rund 47 000 Arbeitskräfte tätig. Über 50% des dort im Jahre 1982 erzielten Umsatzes resultierte aus Exporten.

Die Bundesrepublik führte im Jahre 1982 für über 2 Mrd. DM Maschinen in die ASEAN-Staaten aus. Ein Zehntel dieser Lieferungen waren Werkzeugmaschinen einschließlich Walzwerksanlagen. Jeweils rund 7% der Exporte bestritten Maschinen für die Nahrungsmittelverarbeitung, Papier- und Druckmaschinen sowie Pumpen und Druckluftmaschinen.

Mehr als die Hälfte der von den ASEAN-Ländern aus deutscher Produktion aufgenommenen Maschinen gelangte nach Indonesien. Es folgten die Lieferungen nach Singapur (20%), Malaysia (12%), Thailand (9,8%) und den Philippinen (6,3%). Rund je ein Zehntel der Lieferungen für Thailand waren Papier- und Druckmaschinen sowie Maschinen für die Textil- und Lederverarbeitung. Die Exporte für die Philippinen betrafen zu etwa 12% Textilmaschinen.

Von den aus dem Bundesgebiet nach Singapur und Thailand gelieferten Maschinen für die Nahrungsmittelherstellung kamen jeweils rund 15% aus Rheinland-Pfalz. Annähernd ein Viertel der nach Thailand ausgeführten Pumpen und Druckluftmaschinen waren in Produktionsstätten unseres Landes gefertigt worden.

Unter den Einfuhren sind Ernährungsgüter relativ stark repräsentiert

Über ein Drittel der von Rheinland-Pfalz im Jahre 1982 aus den ASEAN-Staaten bezogenen Produkte waren Zinn und Zinnlegierungen. Als nächst wichtigste Importe folgten Ölkuchen und sonstige pflanzliche Nahrungsmittel (9,6%), Bauholz einschließlich Nutz- und Schnittholz (7,4%), Spinnstoffwaren und Kleidung (6,3%) sowie Rohtabak (4,1%). Zwei Drittel des Zinns kamen aus Malaysia. Die Hälfte aller Einfuhren aus Malaysia bestand aus Zinn oder Zinnlegierungen.

Auch bei den Holzimporten dominierten Lieferungen aus Malaysia. Etwa 50% der Spinnstoffe und Kleidung wurden von den Philippinen geliefert. Die Rohtabakeinfuhren kamen fast ausschließlich aus Thailand. Mehr als zwei Fünftel aller rheinland-pfälzischen Importe aus diesem Staat waren Güter der Ernährungswirtschaft.

Im Jahre 1982 setzten sich die Einfuhren des Bundes aus den ASEAN-Ländern zu einem Drittel aus ernährungswirtschaftlichen Gütern zusammen, worunter Ölkuchen sowie pflanzliche Öle und Fette an der Spitze lagen. Es folgten elektrotechnische Erzeugnisse (17%), Spinnstoffwaren und Kleidung (9,8%) sowie Zinn und Kautschuk (je 7%). Jeweils rund 45% der Agrarprodukte und des Zinns lieferte Thailand. Der weitaus größte Teil der elektrotechnischen Erzeugnisse kam aus Singapur (55%) und Malaysia (34%).

Annähernd ein Viertel des bundesweit im Jahre 1982 aus den ASEAN-Staaten importierten Zinns einschließlich der Zinnlegierungen wurde von Rheinland-Pfalz aufgenommen. Von den Lieferungen aus Malaysia waren es sogar mehr als 75%. Knapp 30% des aus Thailand ins Bundesgebiet eingeführten Rohtabaks gelangte zur Weiterverarbeitung in unser Land.

Von den ASEAN-Staaten erhielt die Bundesrepublik im Jahre 1982 für mehr als 121 Mill. DM Maschinen, worunter Büromaschinen überwogen. Ein Zehntel der Importe waren Pumpen und Druckluftmaschinen. Die aus den ASEAN-Ländern eingeführten Maschinen kamen fast ausschließlich aus Singapur. Rund ein Zwanzigstel dieser Maschinenimporte war für Rheinland-Pfalz bestimmt.

Da alle fünf ASEAN-Staaten einen beschleunigten Ausbau ihrer Industrien anstreben und überdies zu vergleichsweise niedrigen Löhnen produzieren, werden sie immer mehr zu Konkurrenten der westlichen Industrienationen. Es ist zu erwarten, daß diese südostasiatischen Länder schon in absehbarer Zeit in wesentlich stärkerem Umfang als bisher technologisch hochwertige Produkte auf dem Weltmarkt anzubieten in der Lage sein werden.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern

Zur Nutzenanwendung des DV-Verfahrens KOLK

Mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz wurde im Jahre 1972 die Finanzierung der Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland auf eine neue Grundlage gestellt. Seitdem gilt das Prinzip der dualen Finanzierung. Die Investitionskosten eines Krankenhauses werden mit öffentlichen Mitteln finanziert, die laufenden Kosten müssen von den Benutzern des Krankenhauses durch Begleichung eines Pauschalpreises pro Aufenthaltstag (Pflegesatz) getragen werden. Das Gesetz geht davon aus, daß die gesetzlich festgelegte öffentliche Förderung und die Erlöse aus den Pflegesätzen zusammen die Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Krankenhauses decken müssen. Die gesetzlich verankerte Garantie der Deckung der Selbstkosten ist also gebunden an die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung im Krankenhaus.

Um den Krankenhäusern das Erreichen dieses Ziels und externen Stellen wie den Krankenkassen eine entsprechende Kontrolle zu ermöglichen, müssen die Krankenhäuser nach Auffassung des Gesetzgebers über ein adäquates leistungsfähiges Instrument verfügen. Die auf der Grundlage des Krankenhausfinanzierungsgesetzes erlassenen Verordnungen fordern deshalb den Aufbau eines betrieblichen Rechnungswesens nach kaufmännischen Gesichtspunkten. Während die 1974 erlassene Bundespflegegesetzverordnung nur allgemein die Anwendung der kaufmännischen Buchführung und Betriebsabrechnung vorschreibt, werden durch die Krankenhausbuchführungsverordnung aus dem Jahre 1978 genauere Vorschriften zur Buchführung, zum Jahresabschluß, zum Anlagennachweis und zu einer Kosten- und Leistungsrechnung erlassen. Sie sind von den Krankenhäusern bei der Gestaltung ihres Rechnungswesens als Mindestanforderungen zu beachten.

Das Krankenhausrechnungswesen unterliegt also weitergehenden Bindungen, als sie für das Rechnungswesen sonstiger Betriebe üblich sind. Diese sind nur für ihr externes Rechnungswesen an die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung gebunden, während die Kosten- und Leistungsrechnung als innerbetriebliches Leitungs- und Kontrollinstrument frei entsprechend den internen Gegebenheiten und Zielen gestaltet werden kann.

Ein ADV-Verfahren der Kosten- und Leistungsrechnung, das die spezifischen Belange des Krankenhauses abdecken soll, muß in erster Linie die besonderen gesetzlichen Vorschriften berücksichtigen. Darüber hinaus soll es im Rahmen dieser Vorschriften zusätzliche Informationen bereitstellen, die das Erreichen der durch das Gesetz vorgegebenen Ziele fördert. Die Erfüllung dieser Forderungen durch das im Rahmen einer Bund/Länder-Kooperation entwickelte ADV-Verfahren Kosten- und Leistungsrechnung

in Krankenhäusern (KOLK) wird im folgenden untersucht. Die Darstellung folgt der klassischen Untergliederung einer Kostenrechnung in Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung.

Kostenartenrechnung

Gemäß § 8, Abs. 1 Ziff. 2 der Krankenhausbuchführungsverordnung sind die Kosten aus der Finanzbuchhaltung nachprüfbar herzuleiten. Da die Gliederung der Aufwandsarten in der Finanzbuchhaltung an einen verbindlichen Kontenrahmen gebunden ist, ist damit auch die Kostenartengliederung der Kostenrechnung unter Berücksichtigung der für die Kostenrechnung notwendigen Modifikationen (kalkulatorische Kostenarten, Abgrenzung der Aufwendungen, die keine Kosten darstellen) vorgegeben.

Das ADV-Verfahren KOLK sichert die gesetzlichen Mindestanforderungen durch folgende Maßnahmen:

- (1) Die Aufwandsbuchungen der Finanzbuchhaltung werden automatisch in das Verfahren KOLK übernommen. Die Aufwandsarten der Kontenklassen 6 und 7 bleiben unverändert als Kostenarten erhalten.
- (2) Umbuchungen in der Kostenrechnung werden nur von Kostenstelle zu Kostenstelle zugelassen, so daß die Gesamtkosten pro Kostenart nicht verändert werden können.
- (3) Die Differenz zwischen Aufwandsarten und den entsprechenden kalkulatorischen Kostenarten wie Abschreibungen und abgegrenzte Aufwandsarten werden auf sogenannten Abstimmkostenstellen gesammelt. Diese Abstimmkostenstellen bleiben in der Kostenrechnung und bei der Ermittlung des Betriebsergebnisses unberücksichtigt.
- (4) Vor der maschinellen Kostenumlage und der Ermittlung der einzelnen Kostenstellenergebnisse werden maschinell die Ergebnisse der einzelnen Aufwandsarten in der Finanzbuchhaltung mit denen der Kostenarten abgeglichen. Werden dabei Differenzen festgestellt, kann keine weitere Verarbeitung durchgeführt werden.

Das Verfahren KOLK weist die angefallenen Kosten in einem Kostenarteneinzelnachweis aus. Dieser Ausweis enthält neben den Zahlen der gerade abgeschlossenen Periode Vergleichswerte der Vormonate und des Vorjahres. Damit wird ein Einblick in die Entwicklung der einzelnen Kostenarten ermöglicht, der von den Krankenhäusern als erste globale Kontrolle genutzt werden kann.

Kostenstellenrechnung

Voraussetzung für die Kostenstellenrechnung ist die Erstellung eines Kostenstellenplans. Dabei ist gemäß Krankenhausbuchführungsverordnung eine Mindestgliederung der Kostenstellen (Klasse 9 des verbindlichen Kontenrahmens für Krankenhäuser) einzuhalten. Diesen Kostenstellen sind die Kosten

und Leistungen verursachungsgerecht zuzuordnen. Soweit dies nicht unmittelbar möglich ist, sind sachgerechte Verteilungsschlüssel anzuwenden (§ 8, Abs. 1, Ziff. 3 und 4 der Krankenhausbuchführungsverordnung). Das verbindlich vorgeschriebene Verursachungsprinzip der Kostenzuordnung bedingt neben einer exakten Zurechnung der Kosten aus der Kostenartenrechnung (primäre Kosten) auch eine Zurechnung der Kosten, die durch die Inanspruchnahme von Leistungen anderer Kostenstellen entstehen (sekundäre Kosten). Bestandteil der Kostenstellenrechnung muß deshalb auch die Durchführung einer innerbetrieblichen Leistungsverrechnung sein, wobei auch wechselseitige Leistungsverflechtungen zwischen Kostenstellen zu berücksichtigen sind.

Diese verbindlichen Mindestanforderungen an eine Kostenstellenrechnung im Krankenhaus werden durch das DV-Verfahren KOLK in vollem Umfang abgedeckt.

(1) Krankenhäuser, die das Verfahren KOLK einsetzen, müssen bei der Bildung von Kostenstellen lediglich die allgemein geltenden Grundsätze einer zweckmäßigen Kostenstellengliederung beachten. Durch das DV-Verfahren selbst gibt es keinerlei Einschränkungen. Für die Numerierung der Kostenstellen steht ein sechsstelliger Nummernrahmen zur Verfügung, der frei genutzt werden kann. Damit kann zum einen die vorgeschriebene Mindestgliederung eingehalten werden, zum anderen ist aber auch eine auf Grund der internen Informationsbedürfnisse notwendige wesentlich tiefergehende Kostenstellengliederung ohne weiteres möglich.

(2) Bei der Kostenzurechnung bietet das Verfahren KOLK dem Krankenhaus verschiedene Möglichkeiten, die Einhaltung des Verursachungsprinzips sicherzustellen. Die Kostenstellenzuordnung der primären Kostenarten erfolgt durch eine vom Anwender vorzugebende Kostenstellenkontierung für jede Aufwandsbuchung. Das Vorhandensein dieser Angabe wird maschinell geprüft. Für die Sekundärkostenverrechnung bietet das Verfahren KOLK dem Anwender zwei Verfahren, und zwar die innerbetriebliche Leistungsverrechnung und die Umlage. Während die innerbetriebliche Leistungsverrechnung auf den exakt ermittelten innerbetrieblich verbrauchten Leistungsmengen basiert und damit in hohem Maße dem Verursachungsprinzip entspricht, werden für die Umlage Schlüssel verwendet. Der Anwender entscheidet für jede einzelne Vorkostenstelle, welches Verfahren zum Zuge kommen soll. Entscheidet er sich bei einer Vorkostenstelle für das Verfahren der Umlage, so kann er für die Kostenverrechnung unter 13 Bezugsgrößen auswählen. Die Bezugsgrößen Personalkosten, Pflege tage und Prozentsätze sind bereits feste Bestandteile des Verfahrens, die übrigen zehn Bezugsgrößen können anwenderindividuell definiert werden. Durch die verschiedenen vom Verfahren angebotenen Möglichkeiten ist eine Anpassung an die individuellen Gegebenheiten jedes Krankenhauses möglich und damit die Einhaltung des Verursachungsprinzips sichergestellt.

(3) Interdependente Leistungsbeziehungen zwischen Kostenstellen können durch ein im Verfahren KOLK enthaltenes iteratives Rechenverfahren kostenmäßig dargestellt werden.

Die Ergebnisse der Kostenstellenrechnung werden im Verfahren KOLK in einem Kostenstellenblatt ausgewiesen, das für jede Kostenstelle erstellt werden kann. Dieses enthält die Kosten und, soweit angefallen, die Erlöse der jeweiligen Abrechnungsperiode sowie die seit Jahresbeginn aufgelaufenen Werte, jeweils unterteilt nach den einzelnen Kosten- und Erlösarten. Den Istwerten der Periode werden zum Vergleich je nach dem zugrundeliegenden Kostenrechnungsverfahren – das Krankenhaus kann bei KOLK zwischen Ist-, starrer und flexibler Normal- sowie starrer und flexibler Plankostenrechnung wählen – die Istkosten der Vorperiode, die Normalkosten, die Plan- oder die Sollkosten gegenübergestellt und die absoluten und relativen Abweichungen (soweit möglich unterteilt in Abweichungsursachen) errechnet. Die Kostenstellenergebnisse können über mehrere Stufen aggregiert werden (Station, Fachabteilung, Gesamtkrankenhaus). Die in Frage kommende Abrechnungsperiode kann vom Krankenhaus frei bestimmt werden. Die Möglichkeiten reichen von der monatlichen Periode als kleinster Einheit bis maximal zur jährlichen Abrechnungsperiode.

Durch diese verfahrensmäßigen Möglichkeiten können dem Krankenhaus zeitnah detaillierte Informationen über die Kostenentwicklung und Kostenstruktur des Krankenhauses und damit Hinweise auf mögliche Unwirtschaftlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Das Verfahren KOLK geht damit wesentlich über die Minimalanforderungen der Krankenhausbuchführungsverordnung hinaus.

Kostenträgerrechnung

Gemäß der Bundespflegesatzverordnung aus dem Jahre 1974 erfolgt die Festsetzung des pauschalen Pflegesatzes eines Krankenhauses auf der Grundlage eines verbindlich vorgeschriebenen Selbstkostenblattes. Dieses ist mindestens einmal jährlich zu erstellen. Es enthält alle Kosten, die bei der Pflegesatzermittlung zu berücksichtigen sind. Diese Kosten sind zu beziehen auf die Zahl der Tage, für die die Berechnung des Pflegesatzes möglich ist (Berechnungstage).

Aus diesen Vorschriften ergeben sich die folgenden Minimalanforderungen an eine Kostenträgerrechnung:

- (1) Kostenträger im Krankenhaus ist der Berechnungstag.
- (2) Als Verfahren der Kostenträgerrechnung kommt die Divisionskalkulation in Frage.
- (3) Die auf Grund der Bundespflegesatzverordnung notwendige Ausgliederung nichtpflegesatzrelevanter Kosten muß sichergestellt sein.

Das DV-Verfahren KOLK wird diesen Anforderungen gerecht. Fester Bestandteil des Verfahrens ist die Ermittlung der Kosten pro Berechnungstag. Dies ist nicht nur pro Krankenhaus insgesamt möglich, sondern auch für die im Verfahren vorgesehenen Verdichtungsstufen und Kostenstellen (Fachabteilung,

Station). Dadurch eröffnen sich zusätzliche Informationsmöglichkeiten, die für die Betriebssteuerung herangezogen werden können. Neben dem Kostenträger Berechnungstag erlaubt KOLK die Definition von zwei weiteren Kostenträgern je Kostenstelle, wodurch sich zusätzliche Kalkulationsmöglichkeiten ergeben, beispielsweise die Ermittlung der Kosten pro Kilogramm gewaschene Wäsche in der Kostenstelle Wäscherei.

In einer zweiten bisher nicht realisierten Ausbaustufe von KOLK sind weitere Kostenträger wie Patient, Krankheitsart und medizinische Einzelleistungen vorgesehen, die noch detailliertere Informationen zur Kostenentstehung und Kostenstruktur des Krankenhauses liefern werden. Hierfür werden dann auch zusätzliche Kalkulationsmethoden neben der derzeit vorhandenen Divisionskalkulation zu entwickeln sein.

Als Grundlage für die Erstellung des Selbstkostenblatts sieht das DV-Verfahren KOLK zunächst eine eigene Kostenverteilung auf der Basis einzelner Kostenarten vor, eine Notwendigkeit, die sich aus der besonderen Form des Selbstkostenblatts ergibt. Die Kostenarten (kalkulatorische Kostenarten) und die Kosten der Kostenstellen (Sonderbetriebe und Sondereinrichtungen wie ein angeschlossenes Altenheim), die nicht ins Selbstkostenblatt eingehen dürfen, werden maschinell ausgegliedert und in einer eigenen Liste nachgewiesen. Dadurch ist jederzeit eine Abstimmung mit den Zahlen von Finanzbuchhaltung und Betriebsabrechnung möglich.

Probleme der Nutzenanwendung

Das DV-Verfahren KOLK entspricht allen rechtlichen Vorschriften für eine Kostenrechnung im Krankenhaus. Darüber hinaus eröffnet es Informationsmöglichkeiten, die für die Fundierung betrieblicher Maßnahmen mit dem Ziel der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit herangezogen werden können. Damit ist jedoch noch nichts darüber gesagt, ob und inwieweit diese Möglichkeiten auch tatsächlich genutzt werden, da die Kostenrechnung selbst nur instrumentalen Charakter besitzt. Die Frage, inwieweit sich die in die Einführung des Instruments Kostenrechnung gesetzten Erwartungen bisher erfüllt haben, stellt sich generell, unabhängig von dem hierfür benutzten DV-Verfahren. Sie wird von einer Reihe von Fachleuten aus dem Krankenhausbereich eher skeptisch beurteilt.

Fragt man nach den Ursachen, so zeigt sich bald, daß einige wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung von Kostenrechnungsergebnissen im Krankenhaus nicht oder nur unzureichend vorhanden sind.

- (1) Die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung setzt im Krankenhaus qualifiziertes Personal voraus, das zum einem über fundierte betriebswirtschaftliche Kenntnisse und zum anderen über praktische Erfahrungen in den besonderen Betriebsabläufen eines Krankenhauses verfügt. Nur von solchem Personal kann die Kostenrechnung zweckgerecht ausgestaltet (Gewinnung ausreichend detaillierter Daten bei Vermeidung eines Datenfriedhofs) und ihre Ergebnisse ausgewertet werden. Über entsprechend ausgebildete Krankenhaus-Betriebswirte verfügen jedoch bisher nur wenige Krankenhäuser.
- (2) Die für die Krankenhäuser geltende dualistische Finanzierung erschwert sinnvolle Entscheidungen im Krankenhaus, weil der funktionale Zusammenhang von Entscheidungen im Investitions- und Betriebskostenbereich nicht von selbst gegeben ist. So können Rationalisierungsinvestitionen eventuell nicht durchgeführt werden. Andererseits dürfen auch die Folgekosten bei Investitionsentscheidungen nicht vernachlässigt werden.
- (3) Das gegenwärtige Finanzierungssystem der Krankenhäuser bietet nur geringe Anreize zu Rationalisierungen, da Rationalisierungserfolge nicht den Krankenhäusern, sondern in erster Linie den Krankenhauspatienten und ihren Versicherungen zugute kommen. Krankenhäuser, die besonders wirtschaftlich arbeiten, haben niedrigere Pflegesätze anzubieten. Es fehlen marktwirtschaftliche Elemente, die ein wirtschaftlicheres Verhalten fördern.
- (4) Das Kostendeckungsprinzip mit seiner Bindung des Preises (Pflegesatz) an die Selbstkosten impliziert, daß Krankenhäuser weniger um wirtschaftliches Verhalten, um die Erkennung von Kostenursachen und um die Einleitung von Maßnahmen zur Kosteneinsparung bemüht sind, als um den Nachweis der bei der Pflegesatzfestsetzung zu berücksichtigenden Kosten. Ein solches Rechenwerk ist jedoch als Informationsquelle für betriebliche Entscheidungen nur bedingt brauchbar.

Diese hier nur kurz angesprochenen inzwischen allgemeinen anerkannten Probleme erschweren die Nutzenanwendung der Kostenrechnung im Krankenhaus. Soweit sie im gegenwärtigen Krankenhausfinanzierungssystem begründet sind, ist zu erwarten, daß sie bei der geplanten Überprüfung und Neugestaltung des Krankenhausfinanzierungsrechts beseitigt werden. Entsprechende Schritte wurden von der Bundesregierung in die Wege geleitet.

Diplom-Volkswirt W. Zanke

Leistungserfassung in Krankenhäusern mit DV-Verfahren

Nach § 17 (1) Krankenhausfinanzierungsgesetz – KHG sind die Krankenhauspflegesätze so zu bemessen, daß sie die Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden, leistungsfähigen und bedarfsgerechten Krankenhauses decken. Zur Ermittlung der Selbstkosten und zur Beurteilung der Wirtschaftsführung sind die Krankenhäuser nach § 8 (1) Krankenhausbuchführungsverordnung – KHBV in Verbindung mit § 17 (1) Krankenhausfinanzierungsgesetz verpflichtet, eine auf ihre Aufgaben und Struktur abgestellte Kosten- und Leistungsrechnung zu führen. Krankenhäuser, die von den Vorschriften des § 8 (1) Krankenhausbuchführungsverordnung befreit sind, müssen nach § 8 (2) Krankenhausbuchführungsverordnung eine Erfassung der Leistungen durchführen. Nach § 16 (3) Bundespflegesatzverordnung – BpflV kann die Festsetzungsbehörde die Vorlage der Leistungsstatistiken im Rahmen der Verhandlungen zur Festsetzung der Krankenhauspflegesätze verlangen.

Die Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung bzw. die Leistungsstatistiken sind nicht nur bei den Pflegesatzverhandlungen von Bedeutung, sondern stellen auch ein internes Führungsinstrument der Krankenhäuser dar. So werden sie zur Beobachtung des Betriebsgeschehens oder bei planerischen Überlegungen im Hinblick auf die Umgestaltung oder Ausweitung von Leistungsstellen herangezogen.

Voraussetzung für die Durchführung der Kosten- und Leistungsrechnung und die Erstellung von Leistungsstatistiken ist die Erfassung der Leistungen. Hierbei muß man sich auf die sogenannten Sekundärleistungen beschränken, das sind Leistungen, die in den medizinischen Leistungsstellen (Labor, Röntgen) und den Leistungsstellen des Versorgungsbereiches (Küche) einschließlich Lager und Apotheke erbracht werden. Für die eigentlichen, primären Krankenhausleistungen, nämlich das Erkennen, Heilen und Lindern von Krankheiten, liegen bislang keine operationalen Definitionen vor, sie können daher nicht erfaßt werden.

Besondere Probleme ergeben sich durch die Vielzahl der Leistungen. Ein Beispiel veranschaulicht den Leistungsumfang. In einem Krankenhaus mit 500 Planbetten wurden im Jahre 1979 in den medizinischen Leistungsstellen rund 600 000 Leistungen erbracht, davon in den Leistungsstellen

Labor	420 000 Leistungen
Röntgen	73 000 Leistungen
Bäder-Abteilung	54 000 Leistungen

Als Ergebnis einer Befragung von Krankenhäusern, die ihre Daten im Statistischen Landesamt verarbeiten lassen, ist festzustellen, daß die gegenwärtig überwiegend verwendete Methode der Leistungserfassung mittels Terminal zeit- und personalaufwendig ist. Um in diesem Bereich die Rationalisierungsbemühungen der Krankenhäuser zu unterstützen, werden im Statistischen Landesamt Informationen über alternative Erfassungsmethoden gesammelt und an

interessierte Krankenhäuser weitergegeben. Einige dieser Methoden sollen hier vorgestellt werden.

Ablauforganisation (Istzustand)

Die Grundelemente des Arbeitsablaufes zwischen Anforderung und Erfassung der Leistungen sind in den Krankenhäusern weitgehend identisch. In Abhängigkeit von der Beleggestaltung, der technischen Ausrüstung und organisatorischen Besonderheiten können sich jedoch bezüglich der Durchführung erhebliche Unterschiede ergeben. Der im folgenden geschilderte Ablauf am Beispiel einer Laboruntersuchung stellt nur eine mögliche Ausprägung dar.

(1) Leistungsanforderung

Die Stationschwester bestellt bei der Leistungsstelle Labor mittels Labor-Anforderungsbeleg die Laboruntersuchungen, die der Arzt während der Visite für einen Patienten angeordnet hat. Dies geschieht durch Ankreuzen der entsprechenden Untersuchungen, die auf dem Beleg vorgedruckt sind. Im Kopfteil des Belegs vermerkt sie die Identifikation des Patienten und die Station. Dies geschieht durch Aufkleben eines vom Computer erstellten Patientenetiketts, durch handschriftliche Eintragung oder durch Prägdruck mittels Abrollgerät (Plastikkartensystem). Zusammen mit dem Untersuchungsmaterial des Patienten wird der Beleg ins Labor gebracht.

(2) Leistungserbringung

Im Labor wird das Probenmaterial gemäß der Anforderung untersucht.

(3) Dokumentation der Befunde

Die Ergebnisse der Untersuchung, die Laborbefunde, werden meist direkt auf dem Anforderungsbeleg eingetragen. Dieser wird damit zum Befundbeleg. Eine Durchschrift verbleibt im Labor. Das Original geht zurück an die Station. Die Stationschwester überträgt die Befunde in die Fieberkurve des Patienten (handschriftlich oder durch Einkleben der vom Beleg ablösbaren selbstklebenden Befundetiketten).

(4) Erfassung der erbrachten Leistungen

Die Leistungsstelle oder die Station meldet den Leistungsvollzug an die Verwaltung. Hierzu wird eine zweite Durchschrift des Anforderungsbelegs verwendet, der damit zum Erfassungsbeleg wird. Erfaßt werden die Kostenstelle (Station), die die Leistung angefordert hat, die Leistungsstelle (Labor), die die Leistung erbracht hat, und die Leistungsziffer, die die erbrachte Leistung kennzeichnet.

Aufgrund der Menge der erbrachten Leistungen bedeutet die Erfassung am Terminal eine hohe zeitliche Belastung. Um Erfassungsaufwand zu sparen, wird daher in vielen Krankenhäusern auf eine Erfassung der Einzelleistungen verzichtet. Stattdessen erhält die Verwaltung vom Labor monatlich eine Strichliste, aus der die Anzahl der pro Leistungsziffer durchgeführten Leistungen hervorgeht, die dann am

Terminal erfaßt wird. Diese Vorgehensweise bedeutet einen erhöhten Schreibaufwand für die Leistungstellen. Es können Fehler bei der Dokumentation der Leistungen auftreten. Außerdem wird die Aussagekraft der Auswertungen eingeschränkt, wenn – um den Aufwand in Grenzen zu halten – kein Bezug zu den anfordernden Kostenstellen dokumentiert wird.

Neue Wege der Leistungserfassung

Anstelle der Leistungserfassung mittels Terminal, die auf der Basis konventioneller Belege erfolgt, gibt es Methoden, die auf dem Prinzip der Datenerfassung direkt vom (maschinenlesbaren) Urbeleg beruhen. Hierzu gehört die Datenerfassung mittels OCR-Lesepistole, Markierungsbelegleser und Handschriftbelegleser.

Die genannten Methoden werden in vielen Aufgabengebieten der Wirtschaft und Verwaltung eingesetzt. Die prinzipielle Funktionsweise wird daher als bekannt vorausgesetzt. Ihre Anwendung im Bereich der Leistungserfassung im Krankenhaus wird im folgenden erläutert.

OCR-Lesepistole

Der Einsatz der OCR-Lesepistole (OCR = Optical character recognition) zur Datenerfassung setzt die Einführung OCR-lesbarer Belege voraus. Dies bedeutet, daß die auf den Anforderungsbelegen vorgedruckten Leistungsziffern in OCR-Schrift dargestellt sein müssen. Diese Schrift besteht aus standardisierten Zeichen (Ziffern 0 bis 9, Sonderzeichen, einige Buchstaben). Handschrift kann nicht gelesen werden. Die Stationsschwester kreuzt wie bisher die gewünschten Leistungen an. In der Verwaltung werden die entsprechenden Leistungsziffern nicht per Terminal-Tastatur Zeichen für Zeichen getippt, sondern mit dem Lesekopf der Lesepistole überstrichen. Nach einer Untersuchung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft kann dadurch eine bis zu viermal höhere Erfassungsgeschwindigkeit erreicht werden.

Optischer Markierungsbelegleser

Voraussetzung für diese Datenerfassungsmethode ist die Einführung von optischen Markierungsbelegen. Die Stationsschwester kennzeichnet die gewünschten Leistungen wie bisher. Die Leistungsstelle markiert durch einen einfachen Quer- bzw. Längsstrich in einem Markierungsfeld die tatsächlich erbrachten Leistungen. In der Verwaltung werden die Belege in den Leser eingelegt und automatisch gelesen. Bei Einsatz eines Gerätes mit Einzelzuführung der Belege kann sich die Erfassungsgeschwindigkeit im Vergleich zur Terminalerfassung um das Zehnfache er-

höhen. Eine weitere beträchtliche Steigerung ist durch Verwendung eines Lesers mit Stapelzuführung erreichbar.

Aufgrund schlechter Erfahrungen mit Markierungsbeleglesern der ersten Generation besteht heute in den Krankenhäusern zum Teil noch Skepsis gegen die Markierungsbeleglesung. Inzwischen hat die technische Entwicklung der Leser jedoch sehr große Fortschritte gemacht, so daß bei entsprechendem Mengengerüst durchaus die Anschaffung eines Lesers in Betracht gezogen werden sollte.

Handschriftbelegleser

Belegleser, die handschriftliche Blockschrift lesen können, sind in der Regel zusätzlich mit Optionen für OCR-Schrift und optische Markierungen ausgestattet. Wegen ihres hohen Preises (ab DM 180 000) kommen sie jedoch für den Einsatz im Krankenhaus praktisch nicht in Frage. Allerdings geht auch hier, wie bei den Markierungsbeleglesern, der Trend zu kleineren, erheblich billigeren Lesern.

Einführung der neuen Hilfsmittel im Krankenhaus

Unterschiede zwischen den genannten Methoden bestehen hinsichtlich der erreichbaren Erfassungsgeschwindigkeit, der Kosten, der Flexibilität bei der Beleggestaltung, der Möglichkeiten zur Erfassung von Patienten-Nummer, Kostenstellen-Nummer, Mengen, der Fehleranfälligkeit beim Ausfüllen der Belege und bei der Handhabung beim Erfassen der Belege.

Eine sinnvolle Konzeption der Leistungserfassung kann nur auf der Basis der krankenhausspezifischen Gegebenheiten entwickelt werden. Eine sachgerechte Entscheidung hängt ab von den vorhandenen Möglichkeiten, den abzudeckenden Leistungsbereichen, dem Mengengerüst der zu erfassenden Leistungen, vom Belegwesen, den Arbeitsabläufen und von der für die Erfassung zur Verfügung stehenden Personalkapazität sowie den vorhandenen Finanzierungsmitteln.

Durch eine geeignete Unterstützung der Leistungserfassung kann die Schreiarbeit in den Leistungstellen bzw. der Erfassungsaufwand in der Verwaltung reduziert und eine möglichst umfassende Dokumentation der erbrachten Leistungen erreicht werden. Außerdem ist eine Vereinheitlichung des Formularwesens in den einzelnen Krankenhäusern sowie eine bessere Vergleichbarkeit der Leistungsstatistiken unterschiedlicher Häuser zu erwarten.

Diplom-Informatikerin M. Drabner

Entwicklung von Hardware- und Software-Technologie und ihre Auswirkung auf die Aus- und Weiterbildung

Die im Statistischen Landesamt in den letzten 15 Jahren gesammelten Erfahrungen bestätigen die Aussage der Informatik, daß die Halbwertszeit von ADV-Wissen, also die Zeitspanne, in der die Kenntnisse

bei völlig unterbleibender Weiterbildung zu 50% veraltet sind, bei etwa drei Jahren liegt. Jede hardware- und software-technologische Änderung und jede Spezialisierung von Tätigkeiten beeinflusst die Anforder-

Neue Aufgabengebiete in der Automatischen Datenverarbeitung	Zur Aufgabenerfüllung zu erschließende Wissensgebiete
Einsatz moderner Methoden der Software-Produktion - Projektführungshilfsmittel - Systementwicklungstools - Programmierungstools	Methoden der strukturierten Analyse Methoden der strukturierten Programmierung (Modular-Design, Top-Down-Design, Jackson-Design) Generatoren-Handling Team-Organisation, Planungstechniken (Netzpläne) Blockorientierte Programmiersprachen Statistische Problemlösungsverfahren
Einsatz von Datenbanksystemen außerhalb des Landesinformationssystems, zum Beispiel im Rahmen der Forsteinrichtung	Datenbanktechniken, Datenbanksysteme Abfragesprachen, Fachwissen
Einsatz moderner Formen der Datenpräsentation	COM, optische Datenspeicher (Bildplatte), Nutzung neuer Kommunikationstechniken (Btx), Programmierung grafikfähiger Bildschirme und Druckeinrichtungen
Auswahl, Einsatz und Betreuung von Verfahren der Laborautomation	Prozeßdatenverarbeitung, Mikroelektronik Mikro-Computer
Moderne Formen der Datenerfassung - mobile Datenerfassung (zum Beispiel im Rahmen der Forsteinrichtung) - Vor-Ort-Datenerfassung (zum Beispiel im Rahmen der maschinellen Wohngeldverfahren)	Spezielle Programmiersprachen, Mikro-Computer Datenfern-Verarbeitung, Netz-Architektur

rungen an das eingesetzte Personal. Parallel zu dem gesteigerten Leistungsvermögen der Hardware (Speicherkapazität, Verarbeitungsgeschwindigkeit) wurden die mittels Automatischer Datenverarbeitung abgewinkelten Aufgaben ständig komplexer.

Damit bestand permanent die Notwendigkeit, den Wissensstand der Mitarbeiter durch Weiterbildung, Einübung und Erfahrung an die von der Hardware und Software sowie den zu bearbeitenden Aufgaben vorgegebenen Rahmenbedingungen anzupassen. Ein Rechner der dritten Generation mit seinen technischen Möglichkeiten und seinem Preis-/Leistungsverhältnis erforderte eben eine andere Programmierung und eröffnete zur gleichen Zeit breitere Anwendungsfelder als ein Computer der zweiten Generation. Dieser Zwang zur Innovation ist auch die Ursache dafür, daß eine abschließende Skizzierung von Berufsbildern der Automatischen Datenverarbeitung noch aussteht.

Entwicklung 1961 bis 1970

Anfang der 60er Jahre waren die Computer der zweiten Generation technisch soweit entwickelt, daß ein breiter Einsatz der Automatischen Datenverarbeitung in kommerziellen und administrativen Bereichen unter wirtschaftlichen Bedingungen möglich wurde. Gegenüber den in ihrer Einsetzbarkeit und Leistungsfähigkeit äußerst beschränkten Datenverarbeitungshilfsmitteln der 50er Jahre erwiesen sich diese Anlagen für die statistischen Aufbereitungstechniken in hohem Maße universell verwendbar. Das Statistische Landesamt setzte den ersten Computer der zweiten Generation im Jahre 1961 ein, eine zweite Anlage folgte ein Jahr darauf. Die Programmierung dieser

Anlagen erfolgte in einer der Maschinsprache noch sehr angenäherten Form. Da es sich bei den im Statistischen Landesamt eingesetzten Anlagen um reine Lochkartensysteme handelte, wurde noch kein Betriebssystem im engeren Sinne eingesetzt. Verglichen mit den heutigen Anwendungen wiesen die damals mit der Automatischen Datenverarbeitung abgewinkelten Aufgaben allerdings immer noch einen geringen Komplexitätsgrad auf.

Eine Änderung ergab sich mit der Durchführung der statistischen Großzählungen im Jahre 1970 und der Übernahme von Verwaltungsautomationsaufgaben. Dieses erweiterte Aufgabenspektrum hatte zur Folge, daß die Kapazität der beiden im Statistischen Landesamt installierten Rechner nicht mehr ausreichte. Anfang 1968 wurde deshalb ein neuer Computer installiert. Hierbei handelte es sich um eine Maschine der sogenannten dritten Generation. Gesteuert wurde dieses System anfangs über das Betriebssystem TOS (Tape Operating System), später durch DOS (Disk Operating System). Die Programmierung erfolgte anfangs in einer einfachen Generatorsprache, nach entsprechenden Ausbildungsgängen in der maschinennahen Sprache Assembler, und zwar nicht zuletzt mit Blick auf die seinerzeit ins Leben gerufene bundesweite Verbundprogrammierung statistischer Fragestellungen. Zur Steuerung der auf der Anlage abgewinkelten „Jobs“ wurde erstmals eine spezielle Job-Control-Sprache (JCL) benutzt.

Infolge des weiter anwachsenden Arbeitsprogramms und der Verwendung eines Beleglesers zur Datenerfassung bei der Volks- und Berufszählung 1970 mußte Mitte 1970 eine zusätzliche Datenverar-

beitungsanlage der dritten Generation installiert werden. Besondere Anforderungen an das eingesetzte Personal brachte der Übergang von der Lochkarten- zur Magnetbandverarbeitung mit sich, insbesondere auch im Hinblick auf die aufzubauende Bandarchivierung von inzwischen rund 15 000 Magnetbändern. Die Arbeitsvorbereitung fand damals noch in den einzelnen Anwendungsreferaten statt.

Entwicklung seit 1971

Im Mai 1971 erteilte die Landesregierung den Auftrag zur Errichtung eines integrierten Landesinformationssystems (LIS). Die erste Ausbaustufe, der Aufbau einer Datenbank auf Magnetbändern, konnte Anfang 1973 beendet werden. Verbunden mit dem Ausbau der statistischen Datenbank war eine Erweiterung der Maschinenkapazität notwendig, so daß im Oktober 1972 eine technisch weiterentwickelte Datenverarbeitungsanlage mit einer Speicherkapazität von anfangs 384 K die bis dahin eingesetzten zwei Computer ablöste. 1973 ging eine Datenfernübertragungseinrichtung zum Zwecke der Datenübertragung nach Mainz zur Außenstelle des Statistischen Landesamtes in Betrieb.

Diese tiefgreifenden Veränderungen in der Struktur und Organisation der Datenverarbeitung gingen einher mit der Einführung der problemorientierten Programmiersprache COBOL, dem Übergang zu der Verarbeitung von Daten im Direktzugriff und einer Ablösung des Betriebssystems DOS durch OS/MFT. Für die Schulung der eingesetzten Mitarbeiter bedeutete dies die Erweiterung der Betriebssystemkenntnisse auf OS und Erlernen der hiervon ausgehenden Auswirkungen auf die Job-Control, Schulung in COBOL sowie Vermittlung von Kenntnissen über Direktzugriffs- und Speichertechniken.

Anfang 1977 wurde im Rechenzentrum das Betriebssystem OS/MFT durch das Betriebssystem OS/VS1 mit neuen Komponenten ersetzt. Dies stellte an die Mitarbeiter zusätzliche Anforderungen in bezug auf die VS-Job-Control (virtuelle Speichertechnik), die maschinenunterstützte Fehlersuche (Debugging), die eingesetzten OS-Dienstprogramme (Utilities) und die erweiterten Kenntnisse über Direktzugriffs-Speichereinheiten.

Mit zunehmender Komplexität und Universalität der Hardware und System-Software zeichnete sich Mitte der 70er Jahre ein Trend zu immer umfangreicheren DV-Anwendungen ab. So wurden neben dem Ausbau des Landesinformationssystems zu einem vielfältig nutzbaren Planungs- und Informationsinstrument in der Zeit von 1973 bis 1978 die Bund-/Länder-Automationsverfahren Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern (FINK) und Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern (KOLK) entwickelt. Im Bereich der Verwaltungsautomation kam es zum Einsatz des maschinellen Forsteinrichtungsverfahrens, des maschinellen Wohngeldverfahrens und einer Reihe von Verfahren zur maschinellen Abwicklung des kommunalen Finanzausgleichs. Alle diese Verfahren haben gemeinsam, daß sie nicht mehr den Charakter von Inselösungen haben, sondern stark verzweigte Aufgabengebiete bzw. mehrere Aufgabengebiete mit umfangreichen Verbindungen umfassen. Darüber hinaus

sind diese Arbeiten dadurch gekennzeichnet, daß umfangreiche Datenbestände — zum Teil auf unterschiedlichen Datenträgern vorliegend oder mittels Datenfernübertragung im Rechenzentrum eintreffend — in verschiedenen Formaten und verschiedensten Organisationsformen verarbeitet werden. Entsprechend hoch waren und sind die Anforderungen an das für Erstentwicklung, Einsatz, Betreuung, Pflege und Weiterentwicklung zuständige Personal, sowie darauf aufbauend die Tätigkeitsbilder der in den genannten Bereichen eingesetzten Mitarbeiter. Infolge des gestiegenen Aufgabenspektrums wurde in den Jahren 1977 bis 1982 die maschinelle Ausstattung verbessert. Parallel zu der Erweiterung der Speicherkapazität wurden moderne Speicherorganisationsformen eingeführt, die den Anteil der DV-Projekte mit direktem Speicherzugriff erhöhten. Zur Zeit wird die vorhandene ADV-Anlage um eine zweite Zentraleinheit zu einer sogenannten Duplex-Konfiguration erweitert. Dies wurde unumgänglich wegen der in qualitativer und quantitativer Hinsicht weiter gestiegenen Aufgaben sowie der Notwendigkeit erhöhter Ausfallsicherheit. Parallel hierzu findet der Übergang auf ein leistungsfähigeres Betriebssystem statt.

Mit der Mitte der 70er Jahre einsetzenden Tendenz zur Dezentralisierung von Datenverarbeitungsfunktionen (Rückverlagerung von DV-Leistung an den Ort des Datenanfalls) kam es Anfang 1977 im Rahmen der Krankenhausautomation zur Installation der ersten intelligenten Terminalsysteme in Krankenhäusern. Diese vorverarbeitungsfähigen Systeme decken seither folgende Funktionen der im Breitereinsatz befindlichen administrativen Krankenhausautomationsverfahren ab: (1) Datenerfassung im Krankenhaus, (2) Erstellung zeitkritischer Auswertungen Vorort, (3) wechselseitige Übertragung von Daten zwischen den Krankenhäusern und dem Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes über das DATEX-L-Netz.

Für die Mitarbeiter der Krankenhausautomation war die Übernahme dieser Aufgaben Neuland. Sie mußten die auf diesen Anlagen implementierten spezifischen Programmiersprachen und Betriebssysteme beherrschen lernen. Zur Zeit wird im Bereich der administrativen Krankenhausautomationsverfahren daran gearbeitet, die Vorort-Verlagerung von Datenverarbeitungsfunktionen weiter zu intensivieren. Unabhängig hiervon werden DV-Verfahren entwickelt bzw. getestet, die einzelne medizinische Aufgabenfelder eines Krankenhauses unterstützen. Die Verfahren BAIK (Befunddokumentation und Arztbriefschreibung in Krankenhäusern) oder DIDOK (Diagnosedokumentation) seien als Beispiele genannt.

Perspektiven

Die für die kommenden Jahre geplanten bzw. auf ihre Realisierbarkeit zu untersuchenden Automationsvorhaben werden auch künftig neue Anforderungen an die mit ihrer Durchführung betrauten Mitarbeiter stellen. Den meisten zukünftigen Aufgaben ist gemeinsam, daß aufbauend auf dem vorhandenen breiten Wissen für sie neue Techniken und Methoden entwickelt und beherrscht werden müssen.

Diplom-Kaufmann H. Wirtz

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 642	3 639	3 639	3 639	3 639
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 893	1 917	2 707	2 415	2 175	2 389 ^P	2 711 ^P	2 532 ^P	2 410 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,2	6,3	8,8	7,8	7,3	8,0 ^P	8,8 ^P	8,2 ^P	8,1 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 117	3 094	3 241	3 237	3 356	2 987 ^P	2 962 ^P	3 342 ^P	3 053 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,3	10,2	10,5	10,5	11,2	10,0 ^P	9,6 ^P	10,8 ^P	10,2 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 689	3 631	3 743	3 329	3 368	3 531 ^P	3 473 ^P	3 755 ^P	3 272 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	12,0	12,1	10,8	11,3	11,8 ^P	11,3 ^P	12,2 ^P	11,0 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	35	34	32	34	30	31 ^P	32 ^P	32 ^P	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	11,3	11,0	10,0	10,5	9,3	10,5 ^P	10,5 ^P	9,9 ^P	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 572	- 536	- 502	- 92	- 12	- 544 ^P	- 511 ^P	- 413 ^P	- 219 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,9	- 1,8	- 1,6	- 0,3	- 0,0	- 1,8 ^P	- 1,7 ^P	- 1,3 ^P	- 0,7 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 857	7 490	7 909	8 133	8 989
Ausländer	Anzahl	1 935	1 645	1 704	1 726	2 198
Erwerbspersonen	Anzahl	4 257	4 036	4 212	4 217	4 793
* Fortgezogene	Anzahl	7 390	7 347	7 662	7 584	9 015
Ausländer	Anzahl	1 650	1 751	1 962	1 900	2 261
Erwerbspersonen	Anzahl	4 294	4 126	4 447	4 118	4 841
* Wanderungssaldo	Anzahl	467	143	247	549	- 26
Ausländer	Anzahl	285	- 106	- 258	- 174	- 63
Erwerbspersonen	Anzahl	- 37	- 90	- 235	99	- 48
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 190	11 193	11 352	12 615	14 023
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	72 334	100 365	94 460	98 446	98 048	110 931	118 107	117 267	112 580
* Männer	Anzahl	37 118	56 124	50 203	52 757	52 655	61 225	63 481	62 663	59 378
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 886	.	.	.	1 645	1 786	.	.	1 909
Bauberufe	Anzahl	4 550	.	.	.	6 195	7 142	.	.	5 995
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	27 184	.	.	.	37 596	43 193	.	.	41 942
Arbeitslosenquote	%	5,4	7,1	6,7	7,0	7,0	7,9	8,2	8,1	7,8
Offene Stellen	Anzahl	10 740	5 945	6 072	5 802	5 085	4 712	4 791	4 462	4 125
Männer	Anzahl	6 714	3 546	3 497	3 525	3 096
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	455	.	.	.	390	261	.	.	291
Bauberufe	Anzahl	613	.	.	.	310	502	.	.	317
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	3 713	.	.	.	1 558	1 383	.	.	1 239
Kurzarbeiter	Anzahl	18 520	27 349	17 067	13 263	25 347	25 201	17 589	14 404	17 538
Männer	Anzahl	13 176	20 846	12 632	10 241	19 655	19 688	13 583	11 559	13 558
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	655	638	.	.	.	651	.	.	.
* Milchkühe	1 000	228	228	.	.	.	229	.	.	.
* Schweine	1 000	646	658	.	669	.	.	711	.	.
* Mast Schweine	1 000	223	228	.	211	.	.	234	.	.
* Zuchtsauen	1 000	75	75	.	77	.	.	80	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	48	48	.	49	.	.	49	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	16 784	16 077	14 381	14 635	16 491	13 510	12 419	16 199	17 146
* Kälber	Anzahl	327	305	278	322	257	234	187	242	190
* Schweine	Anzahl	112 070	111 329	105 329	104 910	104 498	108 476	105 529	113 666	109 848
* Hausschlachtungen	Anzahl	11 622	11 176	5 156	4 956	7 064	5 767	4 870	4 787	7 982
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	13 893	13 714	12 645	12 674	13 207	12 897	12 105	13 773	13 784
* Kälber	t	4 815	4 626	4 161	4 174	4 691	3 985	3 587	4 607	4 862
* Schweine	t	8 954	8 965	8 384	8 393	8 381	8 754	8 432	9 071	8 788
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	37	60	59	98	72	20	48	90	68
Milch										
* Milchherzeugung	1 000 t	78	78	87	83	76	89	90	85	76
* an Molkereien und Händler geliefert	%	94,8	95,2	96,0	95,9	95,5	96,1	96,1	96,0	95,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,0	11,0	12,3	11,7	11,1	13,0	12,7	12,0	11,1

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1)										
Betriebe	Anzahl	2 898	2 843	2 839	2 841	2 835	2 724	2 732	2 728	2 728
* Beschäftigte	1 000	391	378	379	379	379	360	361	363	365
* Arbeiter 2)	1 000	276	264	265	265	264	249	251	252	253
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	38 809	37 350	36 948	33 679	37 759	34 996	33 348	34 349	37 320
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 125	1 139	1 128	1 121	1 090	1 199	1 119	1 122	1 098
* Löhne	Mill. DM	682	678	682	687	656	699	666	683	655
* Gehälter	Mill. DM	443	461	445	434	434	500	453	439	443
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	88	80	71	64	78	76	70	81	80
* Gasverbrauch	Mill. cbm	175	172	160	151	155	213	192	210	200
* Heizölverbrauch	1 000 t	138	120	94	86	88	79	72	72	78
* leichtes Heizöl	1 000 t	20	18	12	11	12	11	10	11	12
* schweres Heizöl	1 000 t	118	102	82	75	76	68	62	61	66
* Stromverbrauch	Mill. kWh	987	949	963	895	929	956	925	957	990
* Stromerzeugung	Mill. kWh	218	195	181	164	166	161	146	165	158
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 155	6 257	6 328	5 610	6 213	6 442	5 953	6 073	6 794
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 179	2 271	2 345	1 937	2 105	2 162	2 013	2 014	2 239
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	96	96	81	97	103	92	85 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	99	97	94	81	96	101	91	84 ^P	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	99	96	95	81	97	102	91	84	99 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	96	92	92	83	93	100	93	90	102 ^P
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	90	82	95	80	94	98	91	84	94 ^P
Chemische Industrie	1980 = 100	99	95	94	87	96	104	98	97	107 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	104	106	110	81	105	109	93	75	97 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1980 = 100	98	103	121	72	110	105	84	67	89 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	96	92	85	78	95	93	83	80	93 ^P
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	98	98	80	98	118	69	71	103	115 ^P
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	101	95	88	79	96	103	93	94	99 ^P
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	96	92	104	84	105	113	98	91	...
Handwerk 4)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	103	101	.	.	101	98
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	132	131	.	.	133	143
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	309	206	121	129	148	180	143
Strombezug 5)	Mill. kWh	2 212	2 233	2 070	1 944	2 017	2 059	2 063
Stromlieferungen 5)	Mill. kWh	900	815	702	676	711	681	710
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 603	1 623	1 489	1 398	1 454	1 558	1 496
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	...
Gasbezug	Mill. cbm	314	299	195	187	197	252	226	243	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	295	280	190	181	189	245	220	238	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	74 226	70 389	71 514	71 921	71 573	68 394 ^P	68 468 ^P	69 298 ^P	70 117 ^P
Facharbeiter	Anzahl	39 272	37 460	38 622	38 471	37 664	37 010 ^P	35 885 ^P	34 931 ^P	35 613 ^P
Fachwerker und Werker	Anzahl	17 093	15 316	15 615	16 127	16 274	14 727 ^P	16 175 ^P	17 481 ^P	17 197 ^P
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 749	8 233	9 835	7 860	9 866	9 435 ^P	8 622 ^P	8 751 ^P	9 956 ^P
Privater Bau	1 000	5 603	5 205	6 202	4 866	6 053	6 084 ^P	5 537 ^P	5 528 ^P	6 408 ^P
* Wohnungsbau	1 000	3 587	3 336	4 029	2 984	3 890	4 130 ^P	3 696 ^P	3 703 ^P	4 329 ^P
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	70	63	96	90	82	96 ^P	79 ^P	71 ^P	73 ^P
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 946	1 806	2 077	1 792	2 081	1 858 ^P	1 762 ^P	1 754 ^P	2 006 ^P
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 146	3 028	3 633	2 994	3 813	3 351 ^P	3 085 ^P	3 223 ^P	3 548 ^P
Hochbau	1 000	679	707	809	673	846	713 ^P	716 ^P	689 ^P	734 ^P
Tiefbau	1 000	2 467	2 321	2 824	2 321	2 967	2 638 ^P	2 369 ^P	2 534 ^P	2 814 ^P
Straßenbau	1 000	1 347	1 264	1 572	1 328	1 653	1 427 ^P	1 312 ^P	1 411 ^P	1 538 ^P
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	178	198	189	199	195 ^P	187 ^P	192 ^P	200 ^P
* Löhne	Mill. DM	152	150	171	162	172	167 ^P	160 ^P	165 ^P	172 ^P
* Gehälter	Mill. DM	26	28	27	27	27	28 ^P	27 ^P	27 ^P	28 ^P
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	519	504	632	492	593	646 ^P	541 ^P	495 ^P	619 ^P

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenscheite = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 044	805	975	841	902	1 283	1 124	1 119	1 146
* mit 1 Wohnung	Anzahl	686	516	638	538	590	829	715	678	732
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	292	219	259	226	239	337	308	330	319
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	66	70	78	77	73	117	101	111	95
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 103	904	1 084	883	908	1 420	1 274	1 348	1 233
* Wohnfläche	1 000 qm	180	149	177	143	146	232	205	218	205
* Wohnräume	Anzahl	8 431	6 979	8 147	6 701	6 794	10 697	9 554	10 345	9 934
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill, DM	313	271	331	263	271	436	394	422	382
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	5	4	4	3	5	5	2
Unternehmen	Anzahl	148	98	91	67	116	106	98	71	128
Private Haushalte	Anzahl	892	704	879	770	782	1 174	1 021	1 043	1 016
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	176	162	199	168	206	247	189	185	192
* Umbauter Raum	1 000 cbm	764	641	693	758	660	816	575	660	516
* Nutzfläche	1 000 qm	129	110	123	99	113	143	102	117	88
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill, DM	143	134	120	149	131	175	113	151	85
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	29	27	23	30	35	41	31	34	29
Unternehmen	Anzahl	143	132	173	134	167	205	158	149	159
Private Haushalte	Anzahl	4	3	3	4	4	1	-	2	4
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 968	1 823	2 174	1 731	1 654	2 580	2 379	2 568	2 314
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill, DM	2 177	2 240	2 108	2 001	2 297	2 142	1 996	1 910	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill, DM	120	135	142	125	136	136	135	145	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill, DM	2 056	2 106	1 966	1 875	2 161	2 006	1 861	1 765	...
* Rohstoffe	Mill, DM	20	19	18	15	19	20	20	16	...
* Halbwaren	Mill, DM	134	142	158	132	158	126	149	158	...
* Fertigwaren	Mill, DM	1 902	1 945	1 790	1 728	1 984	1 860	1 692	1 591	...
* Vorerzeugnisse	Mill, DM	596	614	616	548	589	747	649	638	...
* Enderzeugnisse	Mill, DM	1 306	1 331	1 174	1 180	1 395	1 112	1 044	954	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill, DM	904	940	964	739	956	1 003	882	772	...
Belgien / Luxemburg	Mill, DM	153	156	175	143	168	158	130	175	...
Dänemark	Mill, DM	32	33	29	31	34	36	26	35	...
Frankreich	Mill, DM	264	284	285	195	278	321	252	196	...
Griechenland	Mill, DM	23	19	23	20	15	24	26	14	...
Großbritannien	Mill, DM	131	146	147	135	142	160	158	143	...
Irland	Mill, DM	7	7	7	6	6	8	7	6	...
Italien	Mill, DM	157	154	152	86	167	156	162	76	...
Niederlande	Mill, DM	137	140	146	124	146	140	119	128	...
Österreich	Mill, DM	90	91	82	78	110	95	90	92	...
Schweiz	Mill, DM	91	96	103	86	111	105	111	115	...
USA und Kanada	Mill, DM	103	106	117	108	111	197	136	141	...
Entwicklungsländer	Mill, DM	630	629	487	652	592	405	422	441	...
Staatshandelsländer	Mill, DM	91	93	93	105	93	90	110	103	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill, DM	1 510	1 491	1 468	1 375	1 510	1 483	1 450	1 418	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill, DM	188	186	170	141	171	182	172	197	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill, DM	1 322	1 305	1 298	1 234	1 338	1 301	1 278	1 221	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill, DM	757	747	798	670	702	780	742	674	...
Belgien / Luxemburg	Mill, DM	181	202	213	193	199	225	219	212	...
Dänemark	Mill, DM	12	14	13	11	13	16	12	14	...
Frankreich	Mill, DM	198	182	188	116	157	193	168	141	...
Griechenland	Mill, DM	7	7	7	5	5	5	6	6	...
Großbritannien	Mill, DM	43	38	32	36	37	48	43	31	...
Irland	Mill, DM	4	3	3	2	2	2	6	2	...
Italien	Mill, DM	131	127	148	98	102	124	150	107	...
Niederlande	Mill, DM	181	175	194	209	188	166	138	161	...
Österreich	Mill, DM	45	42	39	37	41	42	44	48	...
Schweiz	Mill, DM	26	27	34	23	28	38	39	35	...
USA und Kanada	Mill, DM	111	115	107	92	105	102	106	112	...
Entwicklungsländer	Mill, DM	368	345	319	327	435	292	306	326	...
Staatshandelsländer	Mill, DM	88	83	42	98	83	70	59	59	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	99	94	95	94	95	93	93	94	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	110	101	103	92	98	105	99	96	...
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	116	104	112	97	101	110	111	110	...
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	94	100	94	75	87	94	92	71	...
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	103	99	94	74	96	107	87	78	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	98	100	85	77	89	89	86	87	...
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	108	98	99	122	120	86	91	142	...
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	106	107	112	103	101	110	113	108	...
Tankstellen (Abs.,i,eig,Namen)	1980 = 100	131	125	150	138	140	116	113	93	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	105	98	105	86	89	138	86	95	...
Sonstige Waren	1980 = 100	103	99	100	95	100	100	94	95	...
Umsatz zu Preisen von 1980	1980 = 100	104	91	92	82	88	93	87	84	...
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	111	93	97	86	90	95	97	97	...
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	89	91	86	68	79	84	82	63	...
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	96	88	84	66	85	93	75	67	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	96	95	80	73	84	84	81	82	...
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	103	88	89	109	107	74	78	122	...
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	101	99	104	96	93	97	98	94	...
Tankstellen (Abs.,i,eig,Namen)	1980 = 100	113	108	127	117	117	103	100	80	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	102	90	96	78	81	122	75	83	...
Sonstige Waren	1980 = 100	109	89	90	85	89	89	84	84	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	92	92	95	95	98	100	99	100	...
Teilbeschäftigte	1980 = 100	89	88	90	91	96	106	105	106	...
* Umsatz	1980 = 100	99	103	111	111	123	111	111	112	...
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	102	112	119	130	152	127	121	126	...
Gaststättengewerbe	1980 = 100	97	97	107	101	104	100	105	104	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	417	417	559	556	696	550	564	579	734
* Ausländer	1 000	73	71	152	130	116	106	158	143	127
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 548	1 527	2 413	2 391	2 478	1 955	2 362	2 394	2 447
* Ausländer	1 000	222	211	540	419	321	316	571	513	363
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 505	1 468	1 592	1 619	1 420	1 737	1 552	1 548	1 662
* Güterversand	1 000 t	1 376	1 286	1 431	1 360	1 334	1 486	1 166	1 242	1 544
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 417	12 750	12 577	9 045	10 967	18 382	12 596	10 942	12 735
Krafträder	Anzahl	1 342	1 489	1 744	1 410	1 080	1 882	1 578	1 326	756
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 125	10 443	10 018	6 976	8 966	15 308	10 137	8 922	11 119
* Lastkraftwagen	Anzahl	545	440	431	329	503	673	503	457	542
Zugmaschinen	Anzahl	307	285	291	235	335	403	264	181	259
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	9 259	9 125	9 316	7 834	8 955	9 523	9 437	8 496	10 030
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 819	1 794	2 287	1 852	2 135	2 448	2 367	2 118	2 145
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 440	7 331	7 029	5 982	6 820	7 075	7 070	6 378	7 885
Verunglückte Personen	Anzahl	2 478	2 440	3 131	2 585	2 859	3 375	3 333	2 773	2 886
* Getötete	Anzahl	62	60	81	76	86	78	76	65	59
Pkw - Insassen	Anzahl	32	29	42	40	31	39	27	31	38
motorisierte Zweiräder	Anzahl	12	13	25	20	30	25	34	17	3
Fußgänger	Anzahl	11	11	8	5	10	6	5	8	15
* Verletzte	Anzahl	2 416	2 379	3 050	2 509	2 773	3 297	3 257	2 708	2 827
Pkw - Insassen	Anzahl	1 357	1 280	1 429	1 223	1 193	1 506	1 461	1 201	...
motorisierte Zweiräder	Anzahl	546	579	941	779	875	1 011	1 101	898	...
Fußgänger	Anzahl	236	235	230	197	244	256	217	192	...
Schwerverletzte	Anzahl	761	752	973	826	910	1 051	1 050	899	904
Pkw - Insassen	Anzahl	385	371	413	393	357	476	416	364	...
motorisierte Zweiräder	Anzahl	194	198	335	260	306	340	396	318	...
Fußgänger	Anzahl	104	101	96	81	107	89	86	82	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	63 997	68 814	65 801	65 980	66 839	70 328	70 313	70 550	71 466
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	62 594	67 259	64 247	64 427	65 272	68 716	68 722	68 966	69 851
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	51 189	54 993	52 694	52 858	53 579	56 138	56 186	56 555	57 441
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 405	12 266	11 553	11 570	11 693	12 578	12 536	12 411	12 402
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 184	15 238	14 767	14 565	15 000	15 117	14 639	14 542	15 006
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	13 334	14 155	13 780	13 602	13 970	13 966	13 616	13 613	14 032
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	850	1 083	987	963	1 029	1 151	1 023	929	974
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	8 123	9 143	8 500	8 630	8 797	9 250	9 426	9 504	9 682
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	6 481	7 261	6 855	6 973	7 111	7 288	7 412	7 454	7 643
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 642	1 882	1 645	1 657	1 686	1 962	2 014	2 049	2 039
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	40 286	42 878	40 980	41 232	41 475	44 349	44 657	44 920	45 163
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	31 374	33 577	32 059	32 283	32 497	34 884	35 158	35 488	35 774
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 912	9 301	8 921	8 950	8 977	9 465	9 499	9 432	9 389
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	52 450	56 251	53 533	53 973	53 622	56 992	56 717	57 414	57 154
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 200	7 840	7 261	7 315	7 270	8 088	8 077	8 267	8 133
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 755	7 350	6 684	6 735	6 766	7 550	7 542	7 569	7 505
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	445	491	578	580	503	538	535	698	627
* Termingelder	Mill. DM	18 840	19 487	19 587	19 933	19 585	19 646	19 625	20 124	20 040
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	17 382	17 974	18 064	18 193	18 034	17 896	18 088	18 462	18 538
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 458	1 513	1 524	1 741	1 550	1 750	1 537	1 662	1 501
* Spareinlagen	Mill. DM	26 410	28 923	26 684	26 724	26 768	29 258	29 015	29 023	28 982
* bei Sparkassen	Mill. DM	15 269	17 023	15 691	15 723	15 739	17 132	16 981	16 985	16 968
* Gutschriften auf Sparkonten 2)	Mill. DM	1 450	1 652	1 692	1 318	1 306	1 363	1 930	1 441	1 332
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 476	1 446	1 801	1 278	1 274	1 374	2 172	1 433	1 381
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 3)	Anzahl	51	66	63	62	68	93	64	53	88
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	25 505	35 080	50 756	69 262	19 449	36 395	39 851	28 914	68 634
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	1	1	-	2	1	-	5	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 043	1 140	1 235	1 150	1 205	1 141	1 022	1 070	861
* Wechselsumme	1 000 DM	8 170	8 109	8 428	10 936	10 235	11 310	8 435	6 091	5 722
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 104 967	1 158 755	907 509	1 197 923	1 397 892	1 294 437	851 591	1 317 858	1 385 146
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	759 347	793 980	561 219	841 506	1 036 199	972 649	453 499	898 088	1 034 025
Lohnsteuer 4)	1 000 DM	524 985	559 453	482 763	761 777	439 156	426 003	480 520	794 484	452 672
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	102 977	107 812	-	300 844	-	-	-	296 149	-
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	135 811	128 325	- 26 346	- 18 811	401 143	341 744	- 44 675	- 23 628	352 049
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	17 011	16 977	89 406	18 125	4 532	6 884	19 884	68 477	5 303
Körperschaftsteuer 4)	1 000 DM	81 540	89 224	15 396	80 415	191 368	198 018	- 2 230	58 755	224 001
Einnahmen aus der Körperschaft-steuerzerlegung	1 000 DM	12 011	15 971	-	61 776	-	-	-	55 068	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	345 619	364 776	346 290	356 417	361 693	321 788	398 092	419 770	351 121
Umsatzsteuer	1 000 DM	213 926	225 997	209 546	226 912	205 430	188 535	273 194	237 537	211 558
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	131 693	138 779	136 744	129 505	156 263	133 253	124 898	182 233	139 563
* Bundessteuern	1 000 DM	161 613	163 561	131 033	136 135	130 086	151 985	158 961	160 189	153 946
Zölle	1 000 DM	10 338	10 287	10 623	8 899	10 224	9 229	8 740	10 269	10 117
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	149 008	150 596	118 481	125 027	118 068	140 315	147 631	147 195	138 338
* Landessteuern	1 000 DM	70 238	72 488	70 364	92 369	60 837	69 124	74 816	91 442	62 631
Vermögensteuer	1 000 DM	16 540	16 819	2 708	39 711	4 077	6 921	3 691	45 935	3 465
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	33 972	35 164	45 914	35 148	36 418	42 958	42 644	37 206	36 581
Biersteuer	1 000 DM	6 537	6 473	8 092	7 700	7 061	6 656	7 222	7 189	7 388
* Gemeindesteuern 5)	1 000 DM	456 688	445 407	.	.	458 799	477 135	.	.	.
Grundsteuer A	1 000 DM	7 858	7 922	.	.	9 388	9 991	.	.	.
Grundsteuer B	1 000 DM	73 216	75 620	.	.	85 118	88 311	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	336 120	324 346	.	.	328 509	326 256	.	.	.
* Lohnsummensteuer 6)	1 000 DM	208	57	.	.	93	- 57	.	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	28 627	26 196	.	.	26 297	35 289	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	737 589	771 187	574 536	764 383	850 108	794 745	740 251	830 913	844 108
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	329 329	344 820	204 587	398 264	461 354	428 743	194 061	391 229	456 659
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	233 299	250 197	200 004	228 872	258 657	214 017	359 827	279 158	233 503
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	13 347	12 610	38 912	1 112	11	-	27 402	337	-
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	561 110	587 850	500 417	620 221	652 222	638 685	480 369	651 391	691 808
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	327 808	343 248	243 802	359 748	451 790	426 760	191 957	386 081	454 684
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	149 716	159 505	147 339	166 992	139 584	142 801	186 194	173 531	174 493
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	13 347	12 610	38 912	1 112	11	-	27 402	337	-
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	674 522	678 044	.	.	686 546	687 848	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	256 714	247 575	.	.	250 467	270 778	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	297 241	309 408	.	.	305 789	266 191	.	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	123,9	130,5	131,4	131,2	131,6	134,2	134,7	135,1	135,4
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	118,2	125,5	128,0	126,5	126,2	129,0	128,6	128,0	128,2
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1980 = 100	105,9	108,9	.	109,5	.	.	.	112,3	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	575	600	605	.	.	.	630	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	611	639	642	.	.	.	673	.	.
* Facharbeiter	DM	648	675	679	.	.	.	713	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	579	602	605	.	.	.	639	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	497	512	520	.	.	.	548	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	412	430	435	.	.	.	441	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	397	415	419	.	.	.	424	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	13,86	14,64	14,68	.	.	.	15,14	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	14,59	15,39	15,43	.	.	.	15,96	.	.
* Facharbeiter	DM	15,39	16,21	16,26	.	.	.	16,88	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	13,88	14,59	14,65	.	.	.	15,18	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	12,05	12,57	12,54	.	.	.	13,23	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	10,46	11,01	11,05	.	.	.	11,19	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	10,06	10,59	10,63	.	.	.	10,78	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,3	41,0	41,2	.	.	.	41,6	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	41,8	41,4	41,6	.	.	.	42,1	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,4	39,1	39,3	.	.	.	39,4	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 983	3 154	3 180	.	.	.	3 265	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 657	2 810	2 833	.	.	.	2 907	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 232	3 410	3 426	.	.	.	3 589	.	.
* männlich	DM	2 112	2 238	2 265	.	.	.	2 284	.	.
* weiblich	DM	3 709	3 898	3 929	.	.	.	4 051	.	.
* Technische Angestellte	DM	3 795	3 990	4 020	.	.	.	4 135	.	.
* männlich	DM	2 579	2 712	2 743	.	.	.	2 867	.	.
* weiblich	DM	3 454	3 631	3 657	.	.	.	3 768	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	3 119	3 291	3 309	.	.	.	3 413	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 690	3 883	3 897	.	.	.	4 081	.	.
* männlich	DM	2 438	2 572	2 600	.	.	.	2 627	.	.
* weiblich	DM	3 767	3 943	3 975	.	.	.	4 107	.	.
* Technische Angestellte	DM	3 846	4 026	4 061	.	.	.	4 197	.	.
* männlich	DM	2 670	2 794	2 818	.	.	.	2 883	.	.
* weiblich	DM			
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 373	2 509	2 533	.	.	.	2 556	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 357	2 488	2 512	.	.	.	2 545	.	.
* männlich	DM	2 871	3 021	3 041	.	.	.	3 149	.	.
* weiblich	DM	1 935	2 053	2 079	.	.	.	2 085	.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 682	61 638	61 638	61 627	61 617
Eheschließungen 1)	Anzahl	29 972	30 164 ^P	37 457 ^P	37 573 ^P	35 202 ^P	47 301 ^P	37 816 ^P	38 381 ^P	36 597 ^P
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 046	51 764 ^P	53 548 ^P	54 306 ^P	54 138 ^P	51 345 ^P	50 403 ^P	50 713 ^P	53 641 ^P
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	60 183	59 655 ^P	60 522 ^P	58 884 ^P	56 611 ^P	58 855 ^P	57 130 ^P	57 335 ^P	57 758 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	- 8 137	- 7 891 ^P	- 6 974 ^P	- 4 578 ^P	- 2 473 ^P	- 7 510 ^P	- 6 727 ^P	- 6 622 ^P	- 4 117 ^P
Arbeitslose	1 000	1 272	1 833	1 650	1 757	1 797	2 149	2 127	2 202	2 196
Männer	1 000	652	1 021	894	945	967	1 200	1 173	1 196	1 182
Offene Stellen	1 000	208	105	118	106	98	86	86	82	82
Männer	1 000	127
Kurzarbeiter	1 000	347	606	429	337	326	639	495	435	379
Männer	1 000	239	460	317	252	254	500	392	363	327
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 310	22 478	.	.	23 091	.	.	.	24 669
Schlachtmenge 4)	1 000 t	366	360	369	329	365	389	361
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	98	95	100	84	81	99	103	86	81 ^P
ohne Baugewerbe	1980 = 100	99	96	100	83	81	99	103	85	80 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	99	96	101	84	81	100	103	86	80 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980 = 100	97	91	99	85	81	98	101	88	85 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1980 = 100	100	99	105	82	78	103	106	83	76 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1980 = 100	95	91	92	77	76	93	98	80	73 ^P
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980 = 100	102	99	103	91	91	102	108	100	95 ^P
Baugewerbe	1980 = 100	92	84	100	85	83	100	108	92	86 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 489	7 226	7 233	7 232	7 238	6 905	6 900	6 900	6 932
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	726	689	679	638	639	660	659	601	618
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	104 661	107 031	109 130	101 987	96 000	107 246	114 624	99 510	100 396
Auslandsumsatz	Mill. DM	27 262	29 000	30 727	27 057	24 966	29 078	31 021	26 272	25 617
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 145	25 304	21 361	21 360	21 472	23 453	21 921	21 238	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 380	3 046	2 722	2 630	2 702	2 710	2 480	2 541	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 226	1 152	1 183	1 182	1 194	1 115 ^P	1 130 ^P	1 137 ^P	1 158 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	134	127	145	134	135	136 ^P	144 ^P	131 ^P	137 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 244	8 722	9 406	9 449	8 905	8 486 ^P	12 191 ^P	9 554 ^P	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 607	10 963	12 574	12 969	11 664	16 594	17 177	15 925	15 586
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	12 324	9 547	11 099	11 505	10 201	14 762	15 152	13 988	13 633
Wohnfläche	1 000 qm	2 588	2 268	2 500	2 542	2 375	3 229	3 372	3 091	3 116
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 844	2 650	2 928	3 107	2 864	4 134	3 765	3 439	3 198
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	29 669	27 135	30 258	30 498	28 991	39 090	41 390	37 622	38 089
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
EG-Länder	Mill. DM	33 083	35 648	36 197	34 497	30 697	35 497	36 840	33 183	32 432
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	15 507	17 161	17 898	16 353	14 056	16 893	18 292	15 380	14 765
Dänemark	Mill. DM	2 410	2 591	2 552	2 288	2 247	2 612	2 819	2 178	2 532
Frankreich	Mill. DM	627	704	677	599	618	680	681	582	700
Griechenland	Mill. DM	4 327	5 011	5 698	4 432	3 966	4 377	5 328	3 899	3 390
Großbritannien	Mill. DM	388	391	389	400	334	359	411	350	434
Irland	Mill. DM	2 181	2 610	2 630	2 833	2 142	2 963	3 117	2 840	2 710
Italien	Mill. DM	140	142	133	131	114	160	128	148	151
Niederlande	Mill. DM	2 609	2 698	2 878	2 672	1 795	2 738	2 748	2 558	1 747
Österreich	Mill. DM	2 824	3 014	2 942	2 998	2 841	3 003	3 060	2 825	3 101
Schweiz	Mill. DM	1 668	1 719	1 675	1 742	1 549	1 780	1 786	1 762	1 734
USA und Kanada	Mill. DM	1 727	1 808	1 772	1 773	1 675	1 744	1 941	1 763	1 783
Entwicklungsländer	Mill. DM	2 393	2 555	2 498	2 565	2 095	2 789	2 887	2 968	2 612
Staatshandelsländer	Mill. DM	5 883	6 055	5 689	5 916	5 606	5 925	5 393	5 507	5 487
	Mill. DM	1 629	1 709	1 704	1 677	1 624	1 877	1 979	1 695	1 957

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1981	1982				1983			
		Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt	Monatsdurchschnitt
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	30 760	31 382	31 420	30 738	27 990	31 869	32 923	31 025	29 897
EG-Länder	Mill. DM	14 545	15 107	14 857	15 136	13 094	16 171	16 736	15 077	14 200
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 056	2 123	2 219	1 985	1 854	2 405	2 708	2 074	2 125
Dänemark	Mill. DM	494	546	520	439	508	552	604	452	562
Frankreich	Mill. DM	3 344	3 573	3 372	3 491	2 701	3 886	3 916	3 300	3 415
Griechenland	Mill. DM	246	229	229	274	191	186	249	226	241
Großbritannien	Mill. DM	2 287	2 259	2 284	2 481	2 223	2 262	2 328	2 314	1 845
Irland	Mill. DM	144	153	155	169	127	168	193	188	141
Italien	Mill. DM	2 297	2 393	2 515	2 744	2 089	2 663	2 705	3 073	2 333
Niederlande	Mill. DM	3 678	3 831	3 561	3 554	3 402	4 049	4 032	3 450	3 537
Österreich	Mill. DM	859	926	965	984	823	1 006	1 053	1 043	945
Schweiz	Mill. DM	1 051	1 077	1 109	1 054	916	1 120	1 158	1 224	1 005
USA und Kanada	Mill. DM	2 640	2 631	2 836	2 661	2 379	2 396	2 589	2 465	2 391
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 977	5 707	6 003	5 206	5 654	5 003	4 888	5 063	5 328
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 608	1 779	1 732	1 737	1 662	1 738	1 774	1 835	1 803
Einzelhandel										
Umsatz	1980 = 100	103,8	105,0	99,7	101,9	93,6	105,3	108,6 ^P	98,3 ^P	97,0 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1980 = 100	105,0	105,8	112,6	113,5	114,3	115,2	115,2 ^P	117,5 ^P	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 555	1 658	1 584	1 593	1 610	1 676	1 693	1 697	1 706 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 176	1 242	1 196	1 200	1 214	1 248	1 267	1 270	1 277 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	379	416	388	393	396	428	425	427	429 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	1 059 ^T	1 124	1 063	1 057	1 066	1 124	1 125	1 124	1 129 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	483	518	483	481	481	526	526	521	522 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	23 193	23 674	30 073	20 956	19 797	17 801	30 824	21 716	21 181
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	14 523	15 014	22 618	12 013	11 817	9 095	22 873	11 886	11 798
Lohnsteuer	Mill. DM	9 713	10 284	10 033	11 125	10 652	9 173	10 313	11 402	10 993
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 744	2 550	7 407	- 122	- 79	- 739	7 007	- 333	- 191
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	8 149	8 143	7 437	7 785	7 565	8 408	7 943	9 020	9 095
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 525	4 478	3 895	3 987	4 133	4 832	4 197	5 150	5 302
Bundessteuern	Mill. DM	4 006	4 131	4 830	3 930	3 957	4 059	4 147	4 433	4 596
Zölle	Mill. DM	412	394	376	393	374	370	379	376	379
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 367	3 489	4 233	3 320	3 306	3 432	3 536	3 852	3 901
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1976 = 100	121,9	127,0	127,5	126,8	126,8	127,6	126,6	126,1	126,8 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1976 = 100	104,6	107,3	108,6	108,0	108,7	104,3	105,2	103,4 ^P	104,4 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1980 = 100	107,8	114,1	114,2	114,7	114,8	115,2	115,5	115,6	116,3
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	105,7	109,2	.	.	109,7	110,9	.	.	112,4
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	105,9	108,9	.	.	109,5	110,7	.	.	112,3
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	102,6	100,3	.	.	100,0	99,1	.	.	100,0
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	123,9	130,5	131,1	131,4	131,2	133,7	134,2	134,7	135,1
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	118,2	125,5	128,6	128,0	126,5	128,9	129,0	128,6	128,0
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	126,8	132,5	132,3	132,5	132,8	136,2	136,3	136,6	136,8
Wohnungsmiete	1976 = 100	120,4	126,4	126,0	126,6	127,1	132,7	133,0	133,4	133,7
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	157,8	171,0	168,7	169,3	170,2	164,5	165,8	167,6	172,0
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	123,7	129,3	129,4	128,8	128,5	132,5	132,7	132,4	132,2
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	125,2	130,9	130,2	132,6	133,0	133,7	134,1	135,3	136,5
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	126,0	131,7	131,5	131,8	132,1	136,5	136,8	137,5	137,7
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	113,0	118,2	118,2	118,4	118,6	121,1	121,2	123,4	123,8
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	131,3	137,5	138,6	138,6	138,7	141,2	144,1	144,2	144,7

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

Auftragseingänge im September über Vorjahresniveau

Die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz waren im September 1983 um 6,4% höher als im September des Vorjahres. Bei anhaltend guter Inlandsnachfrage (+ 8,1%) stiegen erstmals in diesem Jahr die Auslandsbestellungen im Vergleich zum Vorjahresmonat (+ 3,7%).

In den ersten neun Monaten 1983 lag die Order-tätigkeit noch um 1,2% unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Einer Zunahme der Inlandsaufträge um 4,2% stand ein Rückgang der Auslandsnachfrage um 8,8% gegenüber. fn

Produktion im September weiter angestiegen

Im Vergleich zum Ferienmonat August stieg die Produktion im verarbeitenden Gewerbe von Rheinland-Pfalz im September 1983 erwartungsgemäß stark an (+ 12,3%). Auch gemessen am September des Vorjahres errechnet sich ein Zuwachs (+ 1,6%). Damit hat sich der nach dem Produktionstief Ende 1982 eingetretene nur im Mai und in den Ferienmonaten Juli und August unterbrochene Aufwärtstrend im September 1983 fortgesetzt.

In den ersten drei Quartalen 1983 lag die Produktion um 1,9% unter dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Während in der Elektrotechnik (+ 5,6%) und in der chemischen Industrie (+ 5,3%) positive Zuwachsraten erzielt wurden, blieb die Produktion im Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen (- 15%) sowie im Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturdienst (- 14%) unter dem Vorjahresergebnis. fn

Erneut Zunahme der Zahlungsschwierigkeiten

Im dritten Vierteljahr 1983 wurden in Rheinland-Pfalz 205 Konkursanträge, darunter 148 von Unternehmen, und fünf Anträge auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens gestellt. Damit erhöhte sich die Zahl der Insolvenzen in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf insgesamt 682. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es 18% mehr, wobei die Erwerbsunternehmen eine niedrigere Steigerungsrate verzeichneten (+ 13,5%).

Unter den Wirtschaftsbereichen entfielen auf den Handel mit 47 Verfahren die meisten Unternehmenszusammenbrüche, gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe mit 40 Insolvenzen. Trotz der gestiegenen Baunachfrage haben 34 Baufirmen wegen Illiquidität ihren Betrieb aufgegeben.

Der Anteil der länger bestehenden Unternehmen, die in Zahlungsschwierigkeiten gerieten, hat sich erhöht; 30% der Betriebe, die im dritten Quartal ihre Zahlungen einstellten, hatten acht und mehr Jahre bestanden. Allerdings konnte hier der drohende Konkurs in vier Fällen durch einen Vergleich abgewendet werden. la

Weiter hohe Zuwachsraten bei den Baugenehmigungen

Die seit Anfang des Jahres zu beobachtende wachsende Bereitschaft zum Bauen hält weiter an. So wurden in der Zeit von Januar bis September 1983 Genehmigungen für die Errichtung von 9 730 Wohn- und 1 869 Nichtwohngebäuden erteilt. Das sind 26 bzw. 31% mehr als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Die Genehmigungen für Einfamilienhäuser nahmen um 23% zu, die für Gebäude mit zwei Wohnungen um 30% und die für Mehrfamilienhäuser sogar um 38%. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen um 21% auf 20 466. Die veranschlagten Baukosten beliefen sich auf rund 5 Mrd. DM. Sie lagen damit um 19% höher als im Vergleichszeitraum 1982. Privaten Haushalten als größte Bauherrngruppe im Wohnungsbau wurden 11 154 und damit 20% mehr Baugenehmigungen erteilt als in den ersten drei Quartalen des Vorjahres. ne

Lastkraftwagen im Güterfernverkehr an der Spitze

Im Jahre 1982 wurden in Rheinland-Pfalz 36,4 Mill. t Waren im Fernverkehr mit Lastkraftwagen umgeschlagen. Binnenschifffahrt und Eisenbahn transportierten 33,1 bzw. 17,2 Mill. t. Im Lastkraftwagen-Verkehr wurden 20,8 Mill. t ver- und 15,6 Mill. t entladen.

Gegenüber 1981 nahmen die Lastkraftwagen-Ferntransporte um 0,5% ab, bei Eisenbahn (- 8,1%) und Binnenschifffahrt (- 4,4%) waren die Rückgänge noch größer.

Am Transportaufkommen der Lastkraftwagen überwogen landwirtschaftliche Erzeugnisse und Produkte wie Fahrzeuge und Maschinen einschließlich Halb- und Fertigwaren mit jeweils mehr als einem Viertel. Es folgen Steine und Erden (22%) sowie chemische Erzeugnisse (13%). Kohle, Koks und Briketts waren mit 0,6% an der Umschlagsleistung des Güterfernverkehrs mit Lastkraftwagen beteiligt. gz

Unfälle mit Todesfolge zumeist auf Außerortsstraßen, Zunahmen im Innerortsverkehr

Von Januar bis September 1983 wurden auf den Straßen in Rheinland-Pfalz 487 Unfälle mit tödlichem Ausgang aufgenommen, bei denen 538 Personen ums Leben kamen. Jeder 14. Unfall mit Todesfolge ereignete sich auf den Autobahnen. Auf die übrigen Außerortsstraßen entfielen drei Fünftel aller tödlichen Verkehrsunfälle.

Im Vergleich zu den ersten neun Monaten 1982 nahm die Zahl der Unfälle geringfügig zu, die der Todesopfer reduzierte sich um drei. Von insgesamt 538 tödlich Verunglückten kamen 36 auf Bundesautobahnen, 330 auf den übrigen Außerortsstraßen und 172 im Innerortsbereich ums Leben. gz

Nachmittagsstunden gefährlichste Zeit für Kinder im Straßenverkehr

In den ersten neun Monaten dieses Jahres verunglückten auf den rheinland-pfälzischen Straßen 31 Kinder unter 15 Jahren tödlich. Das sind zwei mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Unter ihnen befinden sich 16 Fußgänger, acht Radfahrer und sechs Mitfahrer in Personenkraftwagen sowie ein Kind durch einen besonderen Lastkraftwagen-Unfall. Die Zahl der unter sechs Jahre alten Verkehrstoten ging von 14 auf sechs zurück, die der Sechs- bis Neunjährigen erhöhte sich von sechs auf zwölf.

Vor allem auch dank der intensivierten Verkehrserziehung in Schulen und Kindergärten nahm seit 1975 die Zahl der tödlich verunglückten Kinder deutlich ab. Im Januar bis September 1975 waren 40 Kinder als Fußgänger bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen, 1983 waren es noch 16. Die Zahl der getöteten Radfahrer reduzierte sich in dieser Zeit von 19 auf acht.

Fast zwei Drittel der im Straßenverkehr getöteten Kinder verunglückten in der Zeit zwischen 12.00 und 18.00 Uhr. gz

Mehr weibliche Führerscheinbewerber

Die Fahrschulen in Rheinland-Pfalz meldeten im ersten Halbjahr 1983 insgesamt 75 676 Bewerber zur Führerscheinprüfung der Klassen Eins bis Fünf an. Das sind 1 284 Prüflinge weniger als von Januar bis Juni 1982 (– 1,7%). Es wurden fast 2 500 männliche Führerscheinbewerber weniger registriert (– 5%). Gleichzeitig nahm die Zahl der Frauen um 1 200 zu (+ 4%).

Drei von vier männlichen Kandidaten bestanden die Prüfung, von den weiblichen Bewerbern waren 64% erfolgreich. Mit insgesamt 71% bestandenen Führerscheinprüfungen sind die rheinland-pfälzischen Bewerber zusammen mit den Nordrhein-Westfalen am erfolgreichsten im Bundesgebiet (67%).

Fast 52 500 Personen wurden auf einen Führerschein der Klasse Drei geprüft. Davon waren 26 820 Männer (– 919) und 25 647 Frauen (+ 1 110). Von insgesamt 21 023 Bewerbern für eine Fahrerlaubnis der Klassen Eins und Eins B war nur jeder zehnte eine Frau. gz

Heizöl 15% billiger als vor einem Jahr Verbraucherpreise im Oktober

Mitte Oktober kosteten in Rheinland-Pfalz 100 Liter Heizöl durchschnittlich 72,22 DM. Das sind 3% weniger als im Vormonat. Gegenüber Oktober 1982 ergibt sich ein Preisrückgang um 15%. Auch die Kraftstoffpreise lagen unter den Werten der Vergleichsmonate. So war Benzin im Vergleich zum September bis zu 0,9% billiger. Verglichen mit Oktober

1982 errechnen sich hier Preisrückgänge bis zu 3,3%. Dieseldieselkraftstoff wurde um 4,2% billiger angeboten als im Oktober 1982.

Bei Lebensmitteln ergaben sich gegenüber dem Vorjahresmonat Preisreduzierungen für frischen Rotbarsch (– 12%), Bohnenkaffee (– 5,8%), Apfelsaft (– 5,6%), Schweinekotelett (– 1,1%) und Schweinefleisch zum Braten (– 0,6%). Für Eier (+ 9,3%), Reis (+ 5,8%) und frischen Kabeljau (+ 5,8%) mußte dagegen mehr bezahlt werden. Die Preise für Obst und Gemüse lagen zum Teil beträchtlich über denen des Vorjahres. Insbesondere wurden die Kohllarten (Rotkohl + 47%), Möhren (+ 31%), Kartoffeln (+ 29%), Zwiebeln (+ 17%), Äpfel (+ 32%) und Bananen (+ 29%) teurer. Billiger waren frische Champignons (– 18%), Tomaten (– 2%), Tafelbirnen (– 0,8%) und Weintrauben (– 0,6%). br

Themen der letzten Hefte

Heft 8/August 1983

Ernteaussichten 1983
Ausbildungsplätze im Mai 1983 – Angebot und Nachfrage
Regionale Arbeitsmärkte 1970 bis 1996
Sozialprodukt und privater Verbrauch 1960 bis 1981
Baulandpreise 1982
Brauwirtschaft
Mineralwasser und alkoholfreie Erfrischungsgetränke
Befunddokumentation und Arztbriefschreibung im Krankenhaus (BAIK)

Heft 9/ September 1983

Energiepreise 1982 bis 1983
Staatsverbrauch und Bruttoanlageinvestitionen 1960 bis 1981
Ökonomisch induzierte Wanderungen bis 1996
Kredite und Einlagen bei den Kreditinstituten
Fremdenverkehr in Bernkastel-Kues
Beilage: Bevölkerungsfortschreibung vor und nach Inkrafttreten des neuen Meldegesetzes

Heft 10/Oktober 1983

Finanzen von Land und Gemeinden (Gv.) 1970 bis 1981
Preisindizes für die Lebenshaltung
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1982
Abgänge von Gebäuden und Wohnungen seit 1979
Außenhandel mit Wein
Schweinehaltung 1950 bis 1982
Beilage: Kreisübersichten 1983

Themen der folgenden Hefte

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft am Jahresende 1983
Neuberechnung des Produktionsindex im produzierenden Gewerbe
Die Schuhindustrie
Einnahmen und Ausgaben der kommunalen Krankenhäuser
Belastung der Gemeinden durch Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen 1983

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	D = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.